Nummer 32. Hannover, 6. August 1910. 19. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Willkommen zum Verbandstage in Halle!

Sie ist den Arbeitern keine Unbekannte. Als das Schandgesetz Bismarckscher Ausnahmepolitik seinen giftigen Atem noch nicht ganz ausgehaucht hatte, trat im Herbste 1890 in Halle der erste sozialdemokratische Parteitag zusammen und legte den Grund für die beispiellos kräftige Entwicklung, die seitdem die Arbeiterbewegung in Deutschland, die gewerkschaftliche wie die politische, ausgezeichnet hat. Wiederholt ist seitdem Halle als Kongreßort bevorzugt worden. Seine zentrale Lage im Herzen des Deutschen Reichs preußischer Nation macht es besonders dazu geeignet. Sieben Hauptbahnlinien stoßen hier zusammen, ungerechnet das engmaschige Netz von Nebenbahnen und Seitenlinien, das über die Provinz Sachsen, deren geographischen Mittelpunkt Halle bildet, gespannt ist. Innerhalb fünfzehn Jahren hat die Stadt dank dieser günstigen Lage ihre Einwohnerzahl auf 180 000 verdoppelt. Und wenn nicht seit Jahren in Halle der Mangel an Kleinwohnungen chronisch wäre, so daß Tausende von Proletariern gezwungen gewesen sind, nach den hochentwickelten Industriedörfern der unmittelbaren Umgebung der Stadt zu verziehen, würde ihr Wachstum noch viel beträchtlicher gewesen sein.

Eine mehr als tausendjährige Geschichte weht uns beim Eintritt in die Stadt entgegen. Die teilweise engen und winkligen Straßen im Stadtinnern erinnern an die alten Zeiten, in denen hohe Festungswälle die Glieder der Stadt einschnürten. Jetzt dehnen sich breite, schattige Promenaden an deren Stelle aus, und die weit und luftig angelegten äußern Stadtteile zeigen uns, daß aller Reaktion zum Trotz die Welt doch fortschreitet.

Die unweit der Saaleufer zutage tretenden Salzquellen gaben in alter Heidenzeit dem Besitz des bereits damals angelegten Ortes Hala einen unschätzbaren Wert. Lange Jahrhunderte haben slavische Völkerstämme hier gesessen, bis sie vor mehr als tausend Jahren schrittweise von den aus dem Westen vordringenden Germanen erst über die Saale, dann über Mulde und Elbe hinaus nach Osten zu verdrängt wurden. Noch heute gewinnt ein ziemlich umfangreiches Salinenwerk das Salz aus den Quellen. Aber dieser Teil der heimischen Produktion besitzt für das Leben der Stadt keinerlei größere Bedeutung mehr. Und die Halloren, die einst „waffenfähigen" Salzarbeiter, die bis zum Ausgang des Mittelalters die stärkste und einflußreichste Bevölkerungsgruppe der Stadt bildeten, fallen nach Zahl und Geltung heute nicht mehr ins Gewicht. Die Zeit und deren Entwicklung hat die Halloren zu Grabe getragen, und es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß die Halloren selbst heute nur noch als konzessionierte und privilegierte Leichenträger in Halle bemerkbar werden.

Soll über die geschichtliche Vergangenheit der Stadt berichtet werden? Halle unterscheidet sich darin nicht wesentlich von Dutzenden andrer Städte. Auch Halle hat im Mittelalter die endlosen Kämpfe gehabt zwischen Geschlechtern, Zünften und Gesellen. Zwischendrein Feuersbrünste, die in den Holzwandungen der Häuser reichliche Nahrung fanden und die halbe oder auch ganze Stadt in Trümmer legten, Pest und schwarzer Tod, nicht als Strafe des Himmels, sondern als naturgemäße Folge der unglaublichen Unreinlichkeit, Belagerungen der Stadt, ihre Eroberung und Plünderung durch einen benachbarten Ritter oder durch die Hussiten, Schweden, Franzosen oder wer gerade über Deutschland hergefallen war.

Zu den Brandschatzungen durch äußere Feinde und zu den Verwüstungen durch innere Wirrnisse gesellte sich die Auspowerung durch zahllose Bettelmönche, Nonnenklöster, Pfaffen und andere Schmarotzer; denn tief in Abhängigkeit und kirchlichen Aberglauben war das geplagte Volk verstrickt.

In Halle war die Herrschaft der katholischen Kirche nebst Pfaffen, Mönchen und anderem Zubehör noch drückender, weil die Stadt lange Zeit Sitz eines Erzbischofs und Kardinals war. Das hatte die Bewohner so mit Ekel vor den Alleinseligmachenden erfüllt, daß Halle eine der ersten Städte war, die restlos zur Lutherlehre übertraten. Sie kam damit vom Regen in die Traufe. Aber als Erinnerung an die mittelalterliche Zeit birgt Halle noch heute zwei große Ruinen in seinem Weichbilde, die Moritzburg und die Ruine Giebichenstein.

In den geistigen Kämpfen alter und neuerer Zeit hat Halle wiederholt eine bedeutungsvolle Rolle gespielt. Hier lehrte an der 1694 gegründeten Universität bis zu seinem 1728 erfolgtem Tode als Professor der Rechte Christian Thomasius. Unermüdlich war er in Wort und Schrift bemüht, Deutschland von der Schmach der Hexenprozesse und den körperlichen Folterungen zum Zwecke der Erpressung von Geständnissen zu befreien. Auch Christian Wolff, ein unerbittlicher Feind alles Pfaffentruges und der Begründer des Vernunftsglaubens, war an der Universität Halle tätig. Ihn bissen allerdings die Mucker und Pietisten hinaus. Auf Befehl des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. wurde Wolff im November 1723 wegen seiner religiösen Ketzereien des Amtes entsetzt; er mußte „bei Strafe des Stranges" binnen zwei Tagen die Stadt verlassen. Erst Friedrich Wilhelms Sohn, Friedrich II., (der Große) berief 1740 den Freigeist nach Halle zurück. Noch sei Christoph Semler genannt, ein Lehrer und Prediger am Franckestift in Halle, der als Gründer des deutschen Realschulwesens betrachtet werden darf und 1739 zum ersten Male in einer Schrift das Wort Realschule gebrauchte. — Um 1700 ließen sich zahlreiche Pfälzer, um dem Glaubensdruck in ihrer Heimat zu entgehen, in Halle nieder. Die „Pfälzer-Straße" erinnert noch heute an das Ereignis.

Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts hat der Stadt eine rasche industrielle Entwicklung gebracht und sie zu einer modernen Großstadt erhoben. Namentlich der Maschinenbau steht mit seinen mehr als 6000 Arbeitern in vorderster Reihe. Die Betriebszählung vom 12. Juni 1907 ergab in Halle 4904 industrielle Betriebe mit 2269 kaufmännischen und technischen Angestellten und 23 265 Arbeitern und Arbeiterinnen. Handel und Verkehr wiesen weitere 4134 Betriebe auf mit 2693 Angestellten und 7360 Arbeitern. Insgesamt gibt es über 9000 Betriebsunternehmer, große und kleine, nahezu 5000 Angestellte und über 30 600 Arbeiter und Arbeiterinnen in Halle. Rechnen wir die gewerblich tätigen Familienglieder mit, so ergibt sich eine Summe von über 50 000 in Industrie, Handel und Verkehr tätigen Personen. 1875 betrug diese Zahl erst 14 677; sie stieg bis 1882 auf 20 386, bis 1895 auf 31 077 und hat also seitdem um rund 20 000 Personen zugenommen.

Mit der industriellen Entwicklung hat das Erstarken der Arbeiterbewegung gleichen Schritt gehalten. Bis in die sechziger Jahre zurück lassen sich die Organisationsversuche verfolgen. Gar manche Blüte ist abgefallen, ehe sie zur Entfaltung gelangte. Die heftigen Kämpfe zwischen Eisenachern und Lassalleanern zitterten auch in Halle nach, bis Gotha Mitte der siebziger Jahre die Einigung brachte. Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie von 1878 bis 1890 machte die Stadt wiederholt zum Sammelpunkt der Ausgewiesenen. Aus Berlin, Stettin, Leipzig und andern Orten kamen die Opfer klassenstaatlicher Polizeiwillkür nach Halle, dessen Polizei alle Hände voll zu tun hatte, sich aber nie den unerschöpflichen Kriegslisten unsrer Parteigenossen gewachsen zeigte. Es sind ihr gar viele prächtige Nasen gedreht worden. Damals und später. Auch ein Geheimbundprozeß und ähnliche Alfanzereien wurden angestrengt; doch zeichneten sich damals die Halleschen Richter durch wohltuende Objektivität aus und erkannten auf Freisprechung. Einer von ihnen — heute darf man's ja sagen, da grüner Rasen längst ihn deckt — stand unsrer Partei sehr nahe.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte sich auch in Halle erst nach Fall des Schandgesetzes entwickeln. Fast ein Jahrzehnt lang litt ihr Fortschritt schwer unter der Zersplitterung in lokale und zentrale Organisationen. Nur langsam und unter aufreibenden Bruderkämpfen drangen nach und nach die Zentralverbände durch. Mit einem Fanatismus, der heute zum Glück geradezu unverständlich ist, wurde lange Zeit herüber und hinüber gekämpft oder richtiger geschimpft. Noch 1895 hielten die Lokalorganisierten Deutschlands unter Führung des Regierungsbaumeisters a. D. Keßler in Halle ihren Kongreß ab. Natürlich ertötete der unaufhörliche Zwist alle werbende Kraft. Gute Freunde waren über den Streit zu grimmen Feinden geworden; jede große, einheitliche, gewerkschaftliche Aktion war unmöglich, und es darf nicht Wunder nehmen, daß noch im Sommer 1896 im Halleschen Gewerkschaftskartell nur 14 Organisationen mit zusammen ganzen 846 Mitgliedern vertreten waren.

Da besannen sich die Halleschen Arbeiter auf sich selbst. Sie wählten Anfang August 1896 im Gewerkschaftskartell einen neuen Vorstand und verbannten aus den Kartellsitzungen streng alle persönlichen Streitigkeiten. Neue Organisationen wurden gegründet, die bereits bestehenden zum Beitritt ins Kartell bewogen und größere Ziele dem Wirken des Kartells gesteckt. Jetzt ging's schnell vorwärts. Bereits Anfang 1897 vereinigte das Gewerkschaftskartell 31 Gewerkschaften mit 2500 Mitgliedern. Lokale Fachvereine und Zahlstellen der Zentralverbände durften gleicherweise ihre Delegierten ins Kartell entsenden. Hier entwickelte sich bald ein ungemein frisches Streben, ein reger Wettstreit, die Arbeiterbewegung zu fördern. Schon nach wenigen Jahren waren fast sämtliche Lokalorganisationen ohne schmerzhafte Operationen verschwunden; sie waren in den Zentralverbänden aufgegangen. Von Jahr zu Jahr stieg die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten um Tausende, so daß bereits längst die 15 000 überschritten sind, obwohl die wiederholten Wirtschaftskrisen starke Abwanderungen zur Folge hatten.

In die Zeit des rüstigen Aufschwungs fällt auch die Gründung der Halleschen Zahlstelle unsres Verbandes. Es war in den ersten Oktobertagen 1896, als im Restaurant Händelpark — im Geburtshaus des berühmten Komponisten — auf Anregung mehrerer Gießereiarbeiter der Maschinenfabrik Wegelin u. Hübner zahlreiche Fabrikarbeiter sich zusammenfanden und nach einem Vortrage des damaligen Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells ein Allgemeiner Arbeiter-Verein gegründet wurde. Schon am 29. August 1897 verwandelte sich dieser in eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes, die sich bis 1900 von 56 auf über 500 Mitglieder hob. Dazwischen lag eine schwere Zeit. Im Herbst 1898 hatte nämlich die Hallesche Polizei die Zahlstelle aufgelöst, weil sie als politischer Verein weibliche Mitglieder habe und mit andern politischen Vereinen — dem Gewerkschaftskartell — in Verbindung getreten sei durch Entsendung von Delegierten.

Das Kartell nahm den von der Polizei hingeworfenen Handschuh auf und führte einen so wuchtigen Kampf gegen sie, daß es selbst mehrfach der Auflösung verfiel, bis es nach Jahr und Tag vor dem Kammergericht endgültig obsiegte und die Polizei hinfort nicht einmal mehr die Kartellsitzungen überwachen durfte. Als die Auflösung unsrer Zahlstelle erfolgt war und alle Versuche, die Polizei im guten zur Aufhebung ihrer gesetzwidrigen Verfügung zu veranlassen, erfolglos blieben, berief das Gewerkschaftskartell an einem Tage sieben öffentliche Versammlungen nach verschiedenen Teilen der Stadt ein, am nächsten Tage neun, am dritten dreizehn, dann siebzehn, dann einundzwanzig und zuletzt fünfundzwanzig. Das zog. Die Polizei war gezähmt. Sie ließ uns nun in Ruhe. Inzwischen nahm der gerichtliche Prozeß seinen Fortgang, und 1899 erkannte das Landgericht auf Freisprechung. Die Polizei war geschlagen.

Große Streiks sind außer dem verloren gegangenen Ausstande der Arbeiter in einer Zucker-Raffinerie im Winter zu 1899, der uns über 200 Mitglieder kostete, und in einer chemischen Fabrik nicht zu verzeichnen gewesen. Trotzdem ist es gelungen, die Arbeitslöhne beträchtlich zu heben und auszugleichen, die Arbeitszeit zu verkürzen, sanitäre Mißstände zu beseitigen und auch sonst die Rechtsstellung der Arbeiter zu festigen. Allerdings gibt's da noch viel zu tun. Werden beispielsweise die Delegierten unsres Verbandstages eine Mittagsstunde benutzen, um einen kleinen Spaziergang durch das reizvolle Saaletal zu unternehmen, das vom Kongreßlokal mit dreihundert Schritten erreicht ist, so werden sie auch den malerischen Trothaer Felsen besteigen. Dicht jenseits der Saale erhebt sich da vor ihnen die Kröllwitzer Papierfabrik, die ihren Aktionären zwar 12 bis 17 Prozent Dividende zu schlucken gibt, aber ihre 400 Arbeiter und Arbeiterinnen um so miserabler entlohnt und behandelt. Auf der andern Seite fällt der Blick auf die jetzt stillgelegte chemische Fabrik in Trotha. Hier mußten noch 1906 die Arbeiter mit 2,20 Mk. und 2,40 Mk. Tagelohn vorliebnehmen, damit für die Aktionäre 18—22 Prozent Dividende aus den Arbeiterknochen destilliert werden konnten. Unser Verband brachte den Lohn auf 3 Mk. Und nicht allzuweit davon liegt die Aktienziegelei Sennewitz, die gleichfalls über 20 Prozent Dividende verteilt auf Kosten der Schundlöhne ihrer Arbeiter.

Es gibt also für uns noch viel zu tun. Und wir werden es tun. Als 1907 unsre Mitgliederzahl auf über 800 gestiegen war, wurde die Leitung der Geschäfte einem Angestellten übertragen. Seitdem sind wir bereits auf 2200 Mitglieder gestiegen. Reichlich ebensoviele sind aber noch zu organisieren. Wir werden nicht ruhen, bis auch sie als zielbewußte Mitkämpfer zur Zertrümmerung der kapitalistischen Herrschaft und zur Emanzipation des Proletariats gewonnen sind.

Unser Verbandstag findet im Volkspark statt, den sich die Halleschen Arbeiter vor vier Jahren geschaffen haben und dessen stolzer Bau, einem Schlosse ähnlich, Zeugnis ablegt von der Kraft der geeinten Arbeiterklasse.

So seid alle, die ihr zum Verbandstage erscheint und ernste Beratung zum Wohle unsres Verbandes pflegen wollt, herzlich willkommen. Nicht die Halleschen Verbandsmitglieder allein, sondern alle organisierten Arbeiter werden sich bemühen, euch die schwere Arbeit zu erleichtern und eure Beratungen recht erfolgreich zu machen.

Willkommen in Halle! Und gute Arbeit!

Zwanzig Jahre.

Zum zehntenmal tritt heuer unser Verbandsparlament zusammen. Zwanzig Jahre Verbandsentwicklung liegen hinter uns. Zwanzig Jahre voller Kampf und Arbeit, reich an Erfolgen, aber auch an Enttäuschungen nicht arm. Die tapfere Schar, die vor 20 Jahren in Hannover die Zusammenfügung der nach dem Fall des Sozialistengesetzes aufgesprossenen Lokalvereine ungelernter Arbeiter zu einem Zentralverband beschloß, trug sich mit riesenhaften Hoffnungen. Es schien ihr selbstverständlich, daß die Arbeiter sich sofort zu Tausenden um die Fahne der Organisation scharen würden, sobald diese nur erst aufgerollt würde. Die zu Beginn der neunziger Jahre einsetzende Wirtschaftskrise warf auf diese Hoffnungen den ersten Reif. In dem Bericht, den Kollege Brey dem ersten Verbandstag in Braunschweig gab, heißt es: „Man glaubte, gestützt auf die Tatsache, daß der nichtgelernte, der schlechtgestellteste Arbeiter das Aschenbrödel der Gesellschaft sei, man brauche nur die Fackel der Aufklärung unter dieselben zu werfen, und die Erkenntnis der Klassenlage werde sich lawinenartig bahnbrechen und in kürzester Frist würde die stärkste Organisation den nichtgelernten Arbeitern gehören! Man hat sich getäuscht. In kleiner Zahl sind wir hier, der Verband ist nicht gewachsen, wie wir hofften und nach dem Beispiele der nichtgelernten englischen Arbeiter auch hoffen durften." — Das klingt fast wie Resignation. Aber es war nichts weniger. Die Delegierten zogen aus dem Fehlschlagen ihrer Hoffnungen nicht den Schluß, daß sie ihre Hoffnungen aufgeben müßten, sondern den andern, richtigeren, daß sie noch mehr tun müßten, sie zu verwirklichen. In Konsequenz dieser Erkenntnis beschlossen sie, sich ein eigenes Verbandsorgan zu schaffen und zur Deckung der vermehrten Ausgaben die Beiträge von 25 Pf. pro Monat auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Zwei Jahre später, auf dem Verbandstage zu Celle, bot der Verband schon ein günstigeres Bild. Zwar konstatierte Brey wiederum, daß „die Annahme, es bedürfe nur der Schaffung der Organisation, es sei nur notwendig, die Bombe „Aufklärung" unter die Massen zu werfen, um diese in Scharen der Organisation sich anschließen zu lassen" enttäuscht habe, aber er kann zugleich „als Resultat der zweijährigen Tätigkeit vom Braunschweiger Verbandstage bis jetzt eine Zunahme der Mitgliederzahl um mehr als das Doppelte und eine Besserung des Kassenbestandes in dem gleichen Verhältnisse" feststellen. Mit dem um die Mitte der neunziger Jahre einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung setzte auch ein lebhafteres Tempo in der Verbandsentwicklung ein. Nach Ablauf des ersten Jahrzehnts nach der Verbandsgründung waren fast 25 000 Mitglieder gewonnen. Die ersten beiden Jahre des neuen Jahrhunderts brachten einen weiteren Zuwachs von 10 000. Dann setzte wiederum die Wirtschaftskrise ein. Die Folge war ein Rückgang der Mitgliedsziffer — der erste seit dem Bestehen des Verbandes — um mehr als 2000 im Jahre 1902. Doch schon im nächsten Jahre wurde die Scharte wieder ausgewetzt und mit Ende 1904 waren 50 000 Mitglieder im Verbande vereinigt. Nun kamen zwei Jahre sprunghaften Fortschrittes. Das Jahr 1905 brachte reichlich 25 000 und das Jahr 1906 fast 50 000 neue Mitglieder. Im Jahre 1908 ging die Mitgliedsziffer, wieder unter dem Einfluß der Krise um reichlich 3000 zurück, das Jahr 1909 brachte den Verlust doppelt wieder ein. Mit 140 624 Mitgliedern schlossen wir das Jahr ab.

Das erste Halbjahr 1910 brachte uns weitere Erfolge. Schon Mitte April konnten wir die frohe Botschaft verkünden, daß der „Proletarier" in 150 000 Exemplaren in die Lande geht, und die vorliegende Nummer erscheint in einer Auflage von 160 000. Dieser Auflage entspricht ziemlich genau — die Differenz beträgt in der Regel nur einige Hundert — der Mitgliederstand. **Das erste Halbjahr 1910 brachte uns also rund 20 000 neue Mitkämpfer.**

Die Kassenverhältnisse des Verbandes entwickelten sich ebenfalls gut. Das erste Jahr brachte die bescheidene Einnahme von 2576 Mk.; fünf Jahre später hatte sich die Summe verzehnfacht, zehn Jahre später verhundertfacht, und die Einnahme des Jahres 1909 ist rund tausendfach so hoch wie die des Jahres 1890. Wie sich die Einnahmen und Ausgaben **pro Mitglied** entwickelt haben, mag folgende Zusammenstellung zeigen.

	1890/92	1896/98	1904/06	1908/10
Es betrug pro Mitglied und Jahr die Einnahme	4,26 Mk.	8,92 Mk.	16,91 Mk.	32,98 Mk.
Ausgabe	2,99 „	8,19 „	14,90 „	30,70 „
Davon für Unterstützungen	0,40 „	3,40 „	9,39 „	20,08 „

In den Jahren 1890—1892 konnten ganze 10 Prozent der Ausgabe für Unterstützungen — fast nur Streikunterstützung — aufgewendet werden, in der Berichtszeit 1908/10 aber wurden 65 Prozent der Ausgaben hierfür verbraucht. Insgesamt verausgabte der Verband in den 20 Jahren seines Bestehens rund **11 Millionen Mark.** Davon kommen auf Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 3 119 485 Mk. und auf Erwerbslosenunterstützung 3 336 045 Mark.

Die Kämpfe des Verbandes lassen sich nicht in wenigen Zeilen schildern und die Erfolge können nicht mit gleicher Exaktheit wie die Kassenziffern festgehalten werden. Immerhin ist, wenigstens für die letzten Jahre, eine annähernde Zusammenfassung der Kampfesresultate möglich. Nach der Statistik des Verbandes erreichten in den letzten fünf Jahren rund 23 000 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit und mehr als 96 000 eine Lohnerhöhung durch Eingreifen des Verbandes. Besonders erfolgreich waren die Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1910. Nach den bisher eingegangenen Berichten wurden in dieser Zeit 165 Bewegungen geführt,

160000

Exemplare dieser Nummer des „Proletariers" gehen ins Land. Die Nr. 1 vom Jahre 1910 erschien in einer Auflage von 140 200 Exemplaren. Im ersten Halbjahre 1910 sind also rund

20000 Mitglieder gewonnen.

So muß es weiter gehen!

die sich auf 276 Betriebe mit 18 651 Beschäftigten erstreckten. Der Erfolg dieser Bewegungen war eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1413 und eine Erhöhung des Lohnes für 13 842 Beteiligte. Die Arbeitszeit-Verkürzung beträgt 3317 Stunden, die Lohnerhöhung 23 763 Mark pro Woche. Diese Ziffern geben aber nur einen Teil der Erfolge des ersten Halbjahrs wieder, denn über eine ganze Anzahl von Bewegungen fehlen die Berichte noch. Aber schon die vorliegenden Zahlen rechtfertigen den Schluß, daß das Jahr 1910 — an der Vergangenheit gemessen — zu den erfolgreichsten gehören wird.

Für die Wirksamkeit des Verbandes mögen noch einige Zahlen über die Durchschnittslöhne zeugen. Die statistischen Feststellungen des Verbandes reichen leider nur ein Jahrzehnt zurück und erstrecken sich auch nur auf solche Orte, in denen der Verband schon vor einem Jahrzehnt nennenswerte Mitgliedschaften hatte. Stellen wir die wichtigsten zusammen, so erhalten wir folgendes Resultat:

Orte	Durchschnittslohn pro Woche 1898	1907	Steigerung in Prozent
Hamburg	19,09 Mk.	24,96 Mk.	30,75
Lübeck	17,— „	22,12 „	30,12
Berlin	20,69 „	25,81 „	24,74
Hannover	18,56 „	23,58 „	27,04
München	17,66 „	21,32 „	20,72
Frankfurt a. Main	20,98 „	24,29 „	15,77
Leipzig	19,27 „	24,64 „	27,86
Dresden	18,96 „	21,59 „	13,87

Gewiß ist diese Steigerung des Lohneinkommens nicht eine Steigerung der Lebenshaltung in gleichem Umfange; ein erheblicher Teil davon ist unsern Mitgliedern durch erhöhte Steuern, Mieten, Lebensmittelpreise usw. wieder entzogen; aber ohne Verband hätte man uns nicht weniger, sondern mehr abgenommen. Die „Verelendungstheorie" ist durchaus richtig, soweit sie im Kapitalismus die Tendenz erkennt, die Arbeiterschaft immer mehr in ihrer Lebenshaltung, sei es durch Lohnherabsetzung oder Preissteigerungen oder beides, herabzudrücken; daß diese Tendenz sich nicht durchsetzen kann, ist einzig und allein das Verdienst der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse.

Wohlmeinende Freunde und aufdringliche Ratgeber haben oft versucht, die gewerkschaftliche Organisation von der politischen scharf zu trennen. Sie raten uns, den „parteipolitischen Charakter" abzustreifen und unser Schiff im Fahrwasser der alles seligmachenden Neutralität treiben zu lassen. Dann würde der Wind der Regierungsgunst unsre Segel schwellen und das Oel der „sozialen Einsicht der gebildeten Stände" die Wogen des wirtschaftlichen Kampfes glätten. Wir haben solche Ratgeber noch immer verlacht. Wir wissen, daß die politische und die gewerkschaftliche Organisation aufeinander angewiesen sind. Wir benutzen unsre politischen Rechte zur Erringung wirtschaftlicher Freiheit und wir erkämpfen mit unsern wirtschaftlichen Machtmitteln, in Zukunft voraussichtlich mehr als in der Vergangenheit, politische Rechte. Wir verpflichten kein Mitglied auf ein politisches Programm und fordern von keinem Mitglied die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei. Aber wir fordern von jedem Mitglied politische Betätigung im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse. Daß diese Betätigung nur in einer Partei möglich ist, ist nicht unsre Schuld. Mit diesen Grundsätzen sind wir zwanzig Jahre gut gefahren, wir hoffen, auch in Zukunft damit vorwärts zu kommen.

Dieser kurze Rückblick über zwei Jahrzehnte berechtigt uns zu hoher Freude. Aber wir wollen über unsrer Freude den Dank nicht vergessen. Wenn wir heute stolz sind auf unsern Verband, der wie ein gewaltiger Baum seine Zweige über das ganze Land reckt und in seinem Schatten 160 000 Menschen Schutz bietet gegen die Stürme des Wirtschaftslebens, so wollen wir darüber nicht vergessen, daß dieser Baum einst ein kleines Pflänzchen war, und daß viel Arbeit, Sorge, Entbehrung und Opferwilligkeit nötig war, um dieses Pflänzchen auch nur am Leben zu erhalten. Aber wir danken nicht mit schönen Reden, sondern mit einem Gelöbnis: wir versprechen, mit gleicher Ausdauer, mit gleichem Opfermut und mit gleichem Vertrauen weiter zu arbeiten. Wir danken mit den Worten des Dichters:

Ja, einen Kampf, der so begann,
Soll kein Ermatten schänden!
Ihr strittet vor, ihr finget an:
So laßt denn uns vollenden!

Von Hannover bis Halle.

Als Ende der achtziger Jahre nach schwerer, opferreicher Zeit das Ende des Sozialistengesetzes herannahte, als die Machthaber eingesehen hatten, daß durch Ausnahmegesetze wohl der einzelne geschädigt, nicht aber eine Volksbewegung vernichtet werden kann, wurde die Handhabung milder. Die Arbeiter sammelten sich wieder. Zahlreiche Fachvereine wurden von Berufsarbeitern gegründet. Auch die ungelernten Arbeiter gründeten in einigen Städten Vereinigungen. So auch in Braunschweig. Von den bei Erdarbeiten, in Zementwarenfabriken, Konservenfabriken, Brauereien und Metallwarenfabriken beschäftigten ungelernten Arbeitern schufen sich ungefähr 350 die „Vereinigung der Erd-, Fabrik- und Handarbeiter". Die Agitation war recht lebhaft und versprach Erfolg. Das rief die Polizei auf den Plan; sie löste uns einige Agitationsversammlungen auf Grund des schon genannten Gesetzes auf. Geschadet haben diese Verbote nichts. Außer oben genannter Vereinigung bestand hier noch ein Verein der in Zichorienfabriken beschäftigten Arbeiter und ein Verein der Bauhilfsarbeiter.

Das Eintrittsgeld bei uns betrug 25 Pf., der monatliche Beitrag 15 Pf. Die Mitgliederversammlungen waren durchweg gut besucht; sie tagten Sonnabends, am Zahltag, wurden aber bald auf Dienstag verlegt, weil leider ein Teil der Mitglieder dem Alkohol zu sehr zusprachen, so daß eine sachliche Erledigung der Versammlungsgeschäfte nicht möglich war. Ich erwähne dies nur, um zu konstatieren, daß heute unsre Versammlungen jederzeit tagen können, ohne vom Alkoholteufel etwas zu spüren — jedenfalls ein prächtiger Erfolg der Aufklärungsarbeit des Verbandes.

Bald nach Gründung unsrer Vereinigung machte sich das Bestreben geltend, eine Vereinigung der drei hiesigen Vereine herbeizuführen. In den Versammlungen wurde der Vorschlag gemacht, eine allgemeine Organisation aller ungelernter, oder wie es damals

O Jugend, wie warst du so schwer!

Vor fünfzehn Jahren, im Oktober 1895, [illegible] in Hannover [illegible]

[illegible]

Im Jahre 1896 wurde in Hannover eine eigene [illegible]

[illegible]

Hauptvorsitzenden schien aber hier in Hannover hin und wieder eine lustige Lage zu winken gemütlicher, als bei den manchmal gottverdammig grantigen Hamburger Jungs den „Köm un Beer", denn der „Prolete" blieb hier, und die Listen-Geschichte wurde nach und nach zum Einschlafen gebracht.

Fünfzehn Jahre ..... Als ich zum ersten Male wegen der Zeitungskorrektur, die mein Spezialhandwerk ist, die Treppe zur „Proletarier"-Redaktion in einer Nachbarstraße emporstieg, fand ich sie in einem Junggesellenlogis, welches den Inhaber des Vorsitzenden- und Redakteur-Postens noch solo beherbergte; wenn ich nicht irre, mußte damals noch in beträchtlichem Maße des Handwerks goldener Boden zum Lebenserwerb mit beitragen. Längere Zeit nachher, als das Vorsitzenden-Gehalt schon besser stand, nämlich auf 1200 Mk., fand ich in der Redakteur-Wohnung schon einen Zweiten mit beschäftigt, und zwar die frisch angeheiratete bessere Hälfte des Redakteurs. Schriftliches habe ich aber nie von ihr in meine Hände bekommen, sie hat also Feder und Schere ruhig ihrem August überlassen und sich mit dem Kochtopf begnügt, während ich in den ersteren Jahren der „Brauereiarbeiter-Zeitung"-Existenz von zarter Hand bearbeitete Manuskripte hin und wieder erhielt, weil der Vorsitzende viel „auf Agitation" unterwegs war. Die 1200 Mk. Gehalt dünken, scheint's, dem Redakteur-Vorsitzenden so reichlich zu seinem häuslichen Glück, daß er die erste ihm von dem Verbandstage angebotene Gehaltserhöhung ausschlug. Und da schimpft man immer über allzu materiell veranlagte Verbandsbeamte!

Seit drei Jahren brauche ich den Verbandsvorsitzenden in einer Redaktions-Angelegenheit nicht mehr aufzusuchen; Genosse Schneider, der jetzige Mann der Schere (er gebraucht sie jedoch leider nicht allzu oft!), steigt gern von seinem Olymp zu den technischen Mitarbeitern des „Proletariers" herunter; muß ich jetzt aber trotzdem wegen irgendeiner Korrektur-Angelegenheit 'mal zum Vorsitzenden Brey zwei Treppen höher in die dritte Etage unsres Geschäftshauses, die die Fabrikarbeiter ganz und gar in Beschlag genommen, so sehe ich immer einen ganzen Haufen (vierzehn sollen's ja wohl sein) haupt- und hilfsamtlicher Persönlichkeiten in den geräumigen Zimmern. Ob die jetzigen Beamten wohl eine Ahnung haben, wie die Geschäfte sich in den ersten Jahren abwickelten, abwickeln mußten? Die damalige Arbeit machte dem Genossen Brey wohl [illegible] nach!

O Jugend, wie warst du so schwer!

Der „Proletarier" kann dieses mit Recht von sich sagen: seine Jugend war schwer und lang. Erst als der Verband selbst sich sichtlich entwickelte und finanziell kräftigte, als er längst nicht mehr nötig hatte, nach schwerer Ausstandskrisis (Harburg) bei der Generalkommission eine Anleihe zu machen, als es ihm möglich war, für sein Verbandsorgan, sein bestes Agitationsmittel, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, — erst da gelang es dem „Proletarier", aus den Kinderschuhen in die Jünglingsstiefel zu schlüpfen, die jetzt auch Männerstiefeln weichen mußten. Das Herauskommen fast jeder „Proletarier"-Nummer war früher eine Schwergeburt; die überlastenden Verbandsarbeiten ließen eben keine eingehende Spezialarbeit für die Zeitung zu. Als Mitarbeiterin zählte nur Genossin Zietz, und trotzdem gebrauchte Genosse Brey nur sehr wenig die Schere. Diese Periode der Ueberhastung entlockte jedoch auch nicht selten Setzern und Korrektor manch kernigen Fluch und frommen Wunsch: die Finger, die das und das geschrieben, müßten eigentlich vergoldet werden.

Indessen: der erste „Proletarier"-Redakteur hat getan, was in seinen Kräften stand. Wenn die Zeitung heute, wo ein eigener tüchtiger Redakteur vorhanden, eine kleine Anzahl Spezial-Mitarbeiter diesem zur Seite stehen, — wenn der „Proletarier" heute in erster Reihe der Gewerkschaftsblätter mit steht und eines der wichtigsten und erfolgreichsten Agitationsmittel des Fabrikarbeiterverbandes ist, so ist das eigentlich eine Selbstverständlichkeit in Anbetracht der ungeahnten Entwicklung, die der Verband schon genommen hat.

Der Verband hat jetzt zwei Jahrzehnte hinter sich, hat heute rund 160 000 Mitglieder, ist ein Millionär und hat 160 000 Leser seines Verbandsorgans — in zwanzig Jahren ein glänzendes Resultat, das zeigt, daß die Existenz des Verbandes für die in Betracht kommenden ungelernten Arbeiter eine zwingende Notwendigkeit, sein Wert erkannt ist.

In fünf Jahren vollendet der Verband ein viertel Jahrhundert. Wenn er an diesem Zeitpunkte sich sagen kann: Wir haben nicht nur so und so viel Mitglieder, sondern auch ebensoviel überzeugte und disziplinierte Verbands-**Kämpfer**, dann schenkt er sich selbst die beste Jubiläumsgabe.

Hannover. **Ed. Hoppe, Korrektor.**

hieß, aller „nicht gewerblichen" Arbeiter zu gründen; auch mit den Kollegen außerhalb Braunschweigs sollte Fühlung gesucht werden.

Als dann von der Agitationskommission der Bauhilfsarbeiter zum 8. April 1890 ein Kongreß der Bauarbeiter und Berufsgenossen nach Hannover einberufen wurde, beriefen wir eine Versammlung aller ungelernten Arbeiter Braunschweigs. Diese Versammlung war zahlreich besucht und beschloß, den Kongreß durch zwei Delegierte zu beschicken. Diese hatten den Auftrag, für Gründung einer gemeinsamen Organisation zu wirken.

Auch Delegierte andrer Orte unterstützten unser Bestreben, jedoch ohne Erfolg. Der Kongreß lehnte ab. Ganz ohne Wirkung war unsre Delegation aber doch nicht. Die Braunschweiger Kollegen hatten mit den Kollegen in Hannover Fühlung bekommen und waren mit diesen eins geworden, daß nun ein Kongreß aller nicht gewerblichen Arbeiter einberufen werden müsse. Nach ganz kurzer Zeit erschien denn auch in dem in Nürnberg erscheinenden Wochenblatt „Arbeiter-Chronik" ein Aufruf, unterzeichnet von August Lohrberg, Hannover, durch den die Kollegen von ganz Deutschland aufgefordert wurden, den Kongreß, welcher am 29. Juni 1890 in Hannover tagen sollte, zu beschicken. Auf dem Kongreß waren 28 Orte durch 29 Delegierte vertreten. 7 Orte hatten schriftlich mitgeteilt, daß sie zur Beschickung keine Mittel hätten, jedoch die Kongreßbeschlüsse anerkennen würden.

Die von den Delegierten gegebenen Berichte über die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zeigen, wenn sie den heutigen gegenübergestellt werden, daß der Verband überall gewirkt hat.

Bei dem Punkt: „Lokal- oder Zentralorganisation" wurde die Debatte lebhaft, blieb jedoch immer sachlich. Wer miterlebt hat, wie diese Frage zu jener Zeit in andern Gewerkschaften diskutiert und erledigt wurden, wie dort oft jahrelang gekämpft und die Organisation selbst darüber vernachlässigt wurde, wird mit Freuden zurückblicken auf die sachliche Behandlung und Erledigung dieser Frage auf unserm Kongreß. Gewiß gingen auch hier die Meinungen auseinander. Allerdings im Prinzip wurde die Zentralorganisation bei uns allgemein als die beste Organisationsform anerkannt, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen, namentlich in Rücksicht auf die Gesetze, befürworteten manche Delegierte die Lokalvereine. Zwar war das Sozialistengesetz, durch das vom Jahre 1878 bis 1888 nicht weniger als 17 zentrale und 78 lokale Gewerkschaften, 3 zentrale und 20 lokale Unterstützungsvereine, sowie 108 Vergnügungs- und 106 politische, zusammen 332 Vereine aufgelöst wurden, nicht erneuert worden; aber dies Gesetz wurde ersetzt durch die behördliche Auslegung der damals vorhandenen Vereinsgesetze. Es sei hier nur an das Verbot des Inverbindungtretens der politischen Vereine, speziell auch an das Braunschweigische Gesetz, welches verbot, öffentliche Angelegenheiten in Gewerkschaftsversammlungen zu behandeln, erinnert. Die Mehrheit der Delegierten glaubte jedoch, daß die gesetzlichen Hindernisse, welche der Zentralorganisation entgegenstanden, nicht unüberwindlich seien, und so wurde denn in der Nachmittagssitzung des 1. Juli mit 24 gegen 5 Stimmen die Gründung einer Zentralorganisation beschlossen. Das Kind erhielt den Namen: „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblicher Hilfsarbeiter Deutschlands."

Nun war noch eine Frage von großer Wichtigkeit für den Verband zu erledigen: es mußte eine Zeitung geschaffen werden. Da zur Gründung eines eignen Organs keine Mittel vorhanden waren, wurde beschlossen, die „Einigkeit", die Zeitung der Berliner Hausdiener, als Publikationsorgan einzuführen; sie wurde jedoch nicht umsonst geliefert, auch war kein Mitglied zum Bezug verpflichtet. Das Eintrittsgeld wurde auf 30 Pf., der Monatsbeitrag auf 25 Pf. festgesetzt. Eine Resolution, welche die Delegierten verpflichtete, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für die Weiterentwicklung des Zentralverbandes zu wirken, wurde fast einstimmig angenommen. Als Sitz des Verbandes wurde Hannover bestimmt und zum Vorsitzenden der Einberufer Kollege Lohrberg gewählt. Von den Teilnehmern des Kongresses sind heute nur noch sehr wenige in unsern Reihen tätig; einige sind verstorben, so unser erster Kassierer Wilhelm und der alte Reimer.

Soweit ich übersehen kann, sind heute noch Mitglied die Kollegen A. Lohrberg-Hannover, Vogt-Hamburg und Schreiber dieser Zeilen.

Der Grundstein war gelegt, aber die weitere Bauarbeit ging nur sehr langsam von statten. Wir hatten gehofft, daß uns die unorganisierten Kollegen zu Tausenden zuströmen würden, erfuhren aber eine große Enttäuschung. Die wirtschaftliche Krise, die Maßregelungen der Unternehmer und die Schikanen der Behörden hemmten unsern Fortschritt! Trotzdem gelang es im Jahre 1890, in 20 Orten Zahlstellen zu gründen.

Als Anfang August 1892 der erste Verbandstag in Braunschweig, an dem 10 Delegierte und 3 Vertreter des Vorstands und Ausschusses teilnahmen, in einem kleinen Klubzimmer tagte, berichtete Kollege A. Brey, welcher inzwischen den Vorsitz des Verbandes übernommen hatte, daß 43 Zahlstellen vorhanden seien, aber die Zahl der Mitglieder war mit 2460 fast auf dem alten Flecke geblieben. Die Einnahme betrug insgesamt 10 476,26 Mk., die Ausgabe 7852,30, das Vermögen 2623,96 Mk. Einige Beschlüsse, welche in Braunschweig gefaßt wurden, haben auf die Entwicklung des Verbandes bestimmend eingewirkt. Vor allem die Gründung und obligatorische Einführung des „Proletariers" und die wichtige Aenderung des Statuts, nach welcher künftig auch Arbeiterinnen als Mitglieder aufgenommen werden konnten. An Stelle des monatlichen Beitrags von 25 Pf. wurde ein Wochenbeitrag von 10 Pf. eingeführt.

Zwei Jahre später, auf dem Verbandstag in Celle, hatte sich die Mitgliederzahl verdoppelt; es waren 5365 geworden. Von nun an ging die Entwicklung in lebhafterem Tempo vorwärts. Um die Jahrhundertwende waren schon mehr als 25 000 Mitglieder gewonnen, und im April d. J. konnte der „Proletarier" mitteilen, daß die Auflage 150 000 überschritten habe. Hoffentlich verfügt der Vorstand in Halle über noch größere Zahlen.

Von Jahr zu Jahr hat der Verband an Zugkraft gewonnen, immer mehr Kollegen und Kolleginnen hat er herangezogen, auch die dauernde Anhänglichkeit der gewonnenen Mitglieder hat sich wesentlich gebessert. Die Unterstützungseinrichtungen haben diesen Erfolg mit gezeitigt. Die Haupttätigkeit des Verbandes aber war immer der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Unzählige Kollegen verdanken dem Verbande eine Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit oder auch beides. Gewiß sind auch die Leistungen des einzelnen für den Verband größer geworden, aber was will das sagen gegenüber solchen Erfolgen!

Doch zurück nach Braunschweig. Nach Rückkehr der Delegierten von Hannover wurden sofort die nötigen Vorarbeiten zum Anschluß an den Zentralverband erledigt. Schon am 8. September wurde der Uebertritt beschlossen; aber nur ein Teil der Mitglieder des Lokalvereins blieb der Organisation treu. Es galt nun, die Reihen wieder zu stärken. Hierbei stießen wir überall auf Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Polizei tat sich dabei besonders hervor. Es tagte bald keine Versammlung, in der wir nicht von der Polizei belästigt wurden. Bis zum Jahre 1896 wurden wohl an 20 Versammlungen aufgelöst, immer mit der Motivierung: „das sind öffentliche Angelegenheiten". Wir gaben uns die erdenklichste Mühe, zu unterscheiden, was öffentliche Angelegenheiten seien und was nicht, wir ließen uns sogar einen Vortrag über das Thema: „Was sind öffentliche Angelegenheiten?" halten, aber wir konnten es der lieben Polizei nicht recht machen. Im Jahre 1895 wurden drei Vorstandsmitglieder zu 240 Mk. Strafe verknurrt, weil angeblich wiederum öffentliche Angelegenheiten in Versammlungen verhandelt seien.

Mit dem Wachstum ging es dabei natürlich nur langsam vorwärts. Die Zahl der Mitglieder bewegte sich in den ersten Jahren zwischen 100 und 300. Bei unsern Bestrebungen, die Lebenshaltung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, mußten wir oft fühlen, daß uns die Kraft fehlte, um unsern Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben; trotzdem haben wir manchen Erfolg errungen. Den ersten Streik wagten die Kollegen auf der Jürgenschen Brauerei im Mai 1894. Die Kollegen forderten einen Wochenlohn von 25 Mark und Abschaffung des Logis auf der Brauerei. Als eine Volksversammlung den Boykott über die Brauerei verhängte, erlebten wir die erste große Aussperrung. Ueber 500 Brauer und Arbeiter, ob organisiert oder nicht, wurden entlassen. Das Ende dieses Kampfes war ein Vergleich, der unsern Kollegen einige Vorteile brachte.

Nach 1896 begann für uns der Aufstieg. Ende 1900 zählte unsre Zahlstelle 920, fünf Jahre später 1758 und am 1. Juli d. J. 3902 Mitglieder. Mit der Mitgliederzahl wuchs auch unser Einfluß. Durch zahlreiche Lohnbewegungen in Zucker-, Zementwaren-, Seifen- und Konservenfabriken und andern Betrieben, griff der Verband bessernd in die Arbeitsbedingungen der Mitglieder ein. Daß er den Mitgliedern auch in den Nöten des Lebens ein tatkräftig helfender Freund ist, mag die Tatsache zeigen, daß die Zahlstelle allein im zweiten Quartal dieses Jahres 12 374 Mark an Unterstützungen auszahlte.

So geht es vorwärts bei uns. Und so geht es erfreulicherweise vorwärts allerorts im Reiche. Wenn wir die zwei Jahrzehnte rückwärts schauen und unsre einstigen Hoffnungen messen an den Erfolgen, dann dürfen wir froh sagen: Unser Kampf hat herrliche Früchte getragen.

Fr. Ohlendorf-Braunschweig.

Kämpfe und Fortschritte des Verbandes in Harburg.

„Alle Arbeiter, die sozialdemokratisch gesinnt sind, müssen entlassen werden." Diese Worte richtete in den 70er Jahren der Verleger des „Kreisblattes" in Harburg an die Unternehmer. Diese wären der Aufforderung sicher gern nachgekommen, wenn die Verhältnisse nicht stärker gewesen wären als sie. Jedenfalls ist in Harburg stets nach diesem Grundsatz gehandelt worden. Manches brave Mitglied der gewerkschaftlichen und politischen Organisation ist das Opfer seiner Ueberzeugung geworden, aber Hunger und Entbehrung haben nicht vermocht, den Geist zu töten, so schwer auch der einzelne davon betroffen wurde. Immer wieder sannen die Arbeiter darauf, wie sie sich der Unterdrückungen erwehren konnten. Bald hatten sie erkannt, daß sie einzeln gegen die Uebermacht nichts ausrichten konnten, und so tauchte im Jahre 1888 der Gedanke auf, eine Organisation der nichtgewerblichen Arbeiter zu gründen. Das war nicht leicht, denn die Fesseln des Sozialistengesetzes lasteten schwer auf der Arbeiterschaft, und von den Unternehmern waren Maßregelungen sofort zu befürchten. Einige Kollegen schritten dennoch zur Tat. Sie hatten von unserm im Exil lebenden Genossen Baerer gehört, daß in Linden bei Hannover ein Verein der nichtgewerblichen Arbeiter bestehe. Sie ersuchten den Genossen Baerer um Material, das auch prompt eintraf.

Die erste Versammlung, in der die Gründung des Vereins beschlossen wurde, fand am 20. November 1888 statt; sie war dermaßen überfüllt, daß viele Personen keinen Einlaß mehr finden konnten. Nach kurzer Zeit hatte der Verein 1000 Mitglieder. Die Zahl wuchs von Versammlung zu Versammlung. In allen Versammlungen herrschte hohe Begeisterung. Schon im Sommer des Jahres 1889 war die stattliche Zahl von 2000 Mitgliedern erreicht. Aber dieser schnelle Aufschwung war nicht von langer Dauer. Im März des Jahres 1890 entstand bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft ein Streik, der für die Organisation verhängnisvoll wurde. So berechtigt der Streik auch war, für die Organisation kam er viel zu früh. Es fehlte an pekuniären Mitteln, es fehlten auch Schulung und Disziplin. Der Lohn betrug bei der Gesellschaft 3 Mk. pro Tag; die Arbeiter verlangten eine Zulage von 50 Pf. Die Gesellschaft verweigerte das Zugeständnis und maßregelte die Kommission der Arbeiter. Die Antwort hierauf war, daß 96 Kollegen die Arbeit einstellten. Nachdem der Kampf vier Wochen lang gedauert hatte, gingen die Mittel zur Unterstützung zu Ende. Um die Kollegen vor der äußersten Not zu schützen, wurde beschlossen, einen Extrabeitrag von 1,50 Mk. innerhalb 10 Wochen zu entrichten. Dieser Beschluß wurde zwar mit Majorität gefaßt, aber ein großer Teil der Kollegen weigerte sich, den Extrabeitrag zu zahlen. Es entstanden infolgedessen Reibereien, die zur Folge hatten, daß viele Mitglieder abtrünnig wurden.

Die Mitgliederzahl ging bis auf etwa 300 zurück. Nur eine kleine Schar zuverlässiger und treuer Kollegen hielt fest an der Organisation. Als im Jahre 1890 ein Aufruf zur Teilnahme an einem Kongreß der nichtgewerblichen Arbeiter Deutschlands erschien, fand dieser Aufruf auch in Harburg freudigen Widerhall. Dieser Kongreß sollte die verschiedenen Lokalvereine zu einem großen Verbande zusammenschweißen, und man kann wohl sagen, daß der Kongreß seine Aufgabe glänzend gelöst hat. Die Harburger Kollegen entsandten zu dem Kongreß den Kollegen Fritz Mumme, der heute noch in der Arbeiterbewegung in Reih und Glied marschiert. Die Delegierten nahmen von dem Kongreß die Aufforderung mit nach Hause, überall in ihren Kreisen für den Anschluß an den Zentralverband zu wirken. Auch in Harburg wurde bald nach dem Kongreß der Anschluß an den Verband besprochen. Es erklärten sich zwar viele Kollegen scharf gegen den Anschluß, weil sie nicht begreifen konnten, daß es besser sei, wenn die Beiträge „nach auswärts" in die Zentralkasse fließen sollten, die Majorität entschied sich aber für den Anschluß. Derselbe wurde im Herbst des Jahres 1890 vollzogen. Der Anschluß erfolgte mit einem Mitgliederbestande von 270; soweit hatte die Uneinigkeit in den eigenen Reihen die Mitgliederzahl heruntergebracht. Der Verein verfügte aber über einen nach damaligen Verhältnissen guten Kassenbestand, wovon sofort etwa 1000 Mk. dem Vorstande in Hannover überwiesen werden konnten, so daß dem Verband über die ersten finanziellen Schwierigkeiten hinweggeholfen war. Nach dem Anschluß trat in der Zahlstelle eine Zeit der Stagnation ein. Zunächst sank die Zahl der Mitglieder noch weiter, bis dann im vierten Quartal 1892 eine Steigerung auf 330 zu verzeichnen war. Diese Steigerung gab wieder Mut zur weiteren Agitation. Es wurde eine planmäßige Hausagitation vorgenommen, welche guten Erfolg hatte; an einem Sonntage wurden 500 neue Mitglieder gewonnen. Die Zahl der Mitglieder stieg im vierten Quartal 1893 auf 930, von da bis 1900 betrug die Mitgliederzahl am Jahresschluß:

1895	1417 Mitglieder	1898	2156 Mitglieder
1896	2339 „	1899	2007 „
1897	1988 „	1900	2782 „

Auf die Kämpfe des Verbandes am Orte im einzelnen einzugehen, würde zu weit führen, nur der Streik auf der Oelfabrik von Friedrich Thörl im Jahre 1896 möge Erwähnung finden. Es war einer der größten Kämpfe, welche der Verband um die damalige Zeit zu führen hatte. Die Ursache des Streiks lag in einer Lohnkürzung um einen halben Pfennig pro Presse. An dem Streik nahmen etwa 400 Kollegen teil. Ein Angebot der Firma, bedingungslos die Arbeit aufzunehmen und später in weitere Verhandlungen einzutreten, wurde abgelehnt. Die Arbeiter verlangten nicht nur die Zurücknahme der Lohnkürzung, sondern sie stellten ihrerseits nun auch die Forderung auf Aufbesserung des Lohnes. Die Firma versuchte mit aller Macht, Arbeitswillige heranzuziehen. Alle Kaffeehallen in Hamburg wurden abgesucht wobei etwa 100 Mann aufgegriffen wurden. Die meisten dieser „nützlichen Elemente" konnten jedoch die Arbeit in der Oelfabrik nicht verrichten. Sie wurden zwar auf der Fabrik einquartiert und reichlich mit Schinken und Bier versehen, aber dem Unternehmer wurde dabei doch recht schlecht zu Mute, denn den Arbeitswilligen war es nicht um die Arbeit zu tun. Unter der Arbeiterschaft in Harburg war über die Herbeischaffung der Arbeitswilligen eine gewaltige Aufregung entstanden. Zu Hunderten strömten Frauen und Männer nach der Schloßstraße, um ihren Unwillen kundzutun. Die Polizei hatte die ganze Gendarmerie aus der Umgegend zusammengezogen, die in rücksichtslosester Weise vorging. Um unnützes Blutvergießen zu verhindern, hielt die Parteileitung es für notwendig, einzugreifen. Durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung einer Volksversammlung konnte die Ruhe sofort wieder hergestellt werden. Von dem damaligen Syndikus Denike, jetzigen Oberbürgermeister, wurden dann Verhandlungen eingeleitet, die schließlich zur Beilegung des Streiks führten. Der Erfolg bestand in Abwendung der Lohnkürzung und Gewährung einer Lohnzulage für einzelne Abteilungen. Die tatkräftige Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft Harburgs hat ihr redlich Teil mit zu dem Ausgang des Kampfes beigetragen. Dieser Streik wird in der Geschichte des Verbandes stets einen ehrenvollen Platz einnehmen. Ein weiterer Streik bei der Firma Geiser u. Ko. dauerte zehn Wochen, endete aber schließlich mit einem Siege der Arbeiter. Beide Streiks kosteten der Zahlstelle 14 883 Mk. Von der Hauptkasse wurden hierzu 3000 Mk. gegeben.

Durch die Streiks hatte die Zahlstelle einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Unternehmer begriffen, daß ihnen der Verband gefährlich wurde. An ihrer eigenen Kraft verzweifelnd, riefen sie Behörden und Gerichte zur Hilfe an. Und sie fanden Gehör. Die Polizei stellte mehrere Vortrags-Themata aus den Versammlungen zusammen und konstruierte daraus eine politische Tätigkeit. Da auch Frauen dem Verband angehörten, so erfolgte auf Grund des § 8 des damaligen preußischen Vereinsgesetzes die Schließung der Zahlstelle.

Jetzt hieß es natürlich alles daranzusetzen, um die Mitglieder zusammenzuhalten. Auf Vorschlag des Kollegen Brey wurden alle Kollegen Einzelmitglieder des Verbandes. Die Beiträge wurden regelmäßig abgeholt und mit Hannover verrechnet. Die Polizei mußte bald einsehen, daß sie einen Schlag ins Wasser getan hatte. Gegen die Schließung der Zahlstelle wurde überdies Beschwerde erhoben. Am 16. Dezember 1896 hatte die Strafkammer in Stade zu entscheiden. Die Polizei hatte noch weitere „Beweismittel" aus Vorträgen herbeigeschafft; doch war der Liebe Müh umsonst. Die Schließung der Zahlstelle wurde vom Gericht nicht bestätigt. Der Vorsitzende erhielt eine Strafe von 50 Mk., weil er nach Ansicht des Gerichts geduldet haben sollte, daß politische Angelegenheiten erörtert wurden. Die ganze Haupt- und Staatsaktion war somit verpufft. Am 2. Februar 1897 wurde, obwohl die alte Zahlstelle hätte weiter bestehen können, eine neue gegründet. Sämtliche Einzelmitglieder schlossen sich der neuen Zahlstelle an und die Agitationsarbeit wurde wieder aufgenommen.

Während die Zahlstelle geschlossen war, hatten die Harburger Kollegen die Ehre, den dritten Verbandstag in ihren Mauern begrüßen zu dürfen. Wenn auch die Zahl der Delegierten (inklusive Vorstand und Ausschuß 23) nur gering war, so herrschte doch prächtige Begeisterung. Mit Recht konnte der Kollege Brey bei der Begrüßungsfeier an die Worte Gallileo Gallileis erinnern: „Und sie bewegt sich doch!" Die Zahlstelle existierte dem Namen nach zwar nicht mehr, aber der Geist war lebendig, die Mitglieder hatten jede Lücke sofort wieder ausgefüllt und mutig weiter gestritten. Alle Kollegen, die der Begrüßungsfeier beiwohnten, denken noch heute in freudiger Erinnerung daran. Der Verbandstag hat in die Herzen der Harburger Kollegenschaft den Samen gelegt, der gute Frucht getragen hat. Wenn auch in späteren Jahren zeitweilig ein kleiner Rückschritt zu verzeichnen war, so ist diese Scharte immer wieder ausgewetzt worden. Jetzt am Schlusse des 2. Quartals 1910 zählt die Zahlstelle 4200 Mitglieder. Es darf wohl gesagt werden, daß die Harburger Kollegen das ihrige zum Fortschritt des Verbandes beigetragen haben. Ein großes Hindernis, der Indifferentismus, steht uns noch in allen Orten gegenüber, aber vertrauend auf unsre Werbekraft wird auch dieses Hindernis beseitigt werden. Kraft und Selbstbewußtsein im Kampfe werden uns begleiten, wenn wir nach den Worten des Dichters handeln:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.
Solch ein Gewimmel möcht ich seh'n,
Auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n!

Unsrer Kulturmission ist vorgezeichnet: Glück auf zum Fortschritt! Glück auf zu weiteren Kämpfen!

Heinrich Martens.

Zwei Jahrzehnte Verbandsentwicklung in Hamburg.

Beim Zusammentritt unsres zehnten Verbandstages dürften auch einige Zeilen über die Entwicklung der Zahlstelle Hamburg zeitgemäß sein. Einen langen Weg, reich an interessanten Einzelheiten, hat die Zahlstelle in den letzten 20 Jahren zurückgelegt. Als Vorläufer der örtlichen Organisation kommt der im Jahre 1889 in Barmbeck gegründete „Fabrikarbeiterverein" in Betracht, der sich zum größten Teil aus Arbeitern der „Neu-York-Hamburger Gummiwaren-Co." zusammensetzte. Aus diesem Verein ging dann der „Verein der Fabrikarbeiter Hamburgs" hervor. Außerdem war noch die „Vereinigung der Sprit- und Destillationsarbeiter" (1890) vorhanden, die aber noch im selben Jahre infolge eines verloren gegangenen Streiks der Auflösung verfiel. Vor der Verbandsgründung zählte der „Verein der Fabrikarbeiter Hamburgs" 500 Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder, während nach der Gründung des Verbandes im Herbst 1890 in der Zahlstelle Hamburg nur 124 und in der Zahlstelle Wandsbek 85 Mitglieder gezählt wurden. Dieser Rückgang der Mitglieder resultierte einesteils aus der vorhandenen Gegenströmung gegen die Verbandsgründung, anderenteils aber daraus, daß unser Verband in den ersten beiden Jahren seines Bestehens keine weiblichen Mitglieder aufnahm. Der in Barmbeck bestehende, schon erwähnte Lokalverein ging infolge eines im Juli 1890 verloren gegangenen Streiks bei der Goldwarenfabrik von Richter u. Ko. ein, erlebte aber Ende 1891 eine Wiederauferstehung. Durch den im Jahre 1892 erfolgten Ausbruch der Cholera trat wiederum ein Rückschlag ein; es gelang aber doch, im Oktober des Jahres in einer von der Zahlstelle Hamburg einberufenen Versammlung die Zahlstelle Barmbeck mit 140 Mitgliedern ins Leben zu rufen. Die Zahlstelle Hamburg zählte am Schlusse des Jahres 1891 234 Mitglieder; in Wandsbek waren 145 Mitglieder vorhanden. Gegründet wurden außerdem im Jahre 1891 die Zahlstellen Altona mit 93, Schiffbek mit 97 und Langenfelde mit 37 Mitgliedern. Mit außerordentlichen Schwierigkeiten hatte die junge Organisation im Jahre 1892 zur Zeit der Cholera-epidemie zu kämpfen. Weder Agitations- noch Mitgliederversammlungen konnten wegen der Ansteckungsgefahr abgehalten werden. Eine Anzahl Verbandsmitglieder wurden von der Seuche dahingerafft. Auch der erste Bevollmächtigte der Zahlstelle, Aug. Reinecke, fiel ihr zum Opfer. Er hatte noch am Abend vor seinem Tode an einer Verwaltungssitzung teilgenommen.

Da während dieser Zeit auch die Zahlabende in den Bezirken, wo die Wirte die Beiträge von den Mitgliedern entgegennahmen, nicht mehr besucht wurden, unternahmen es die Kartelldelegierten, Verwaltungs- und Ausschußmitglieder die Mitglieder in den Wohnungen aufzusuchen, um die Beiträge abzuholen. Hierdurch wurden so günstige Resultate erzielt, daß in der Ortsverwaltung beschlossen wurde, vom 1. Oktober 1892 ab, mit dem Erscheinen der ersten Nummer des „Proletarier", das Hilfskassiersystem einzuführen. Um diese Zeit wurde auch eine siebengliedrige Agitationskommission eingesetzt, die eine lebhafte Tätigkeit entfaltete. Durch die Erfolge der Zahlstelle Barmbeck ermutigt — diese zählte am Schlusse des 1. Quartals 1893 schon 206 Mitglieder —, wurde am 20. April 1893 die Zahlstelle Rotenburgsort gegründet. An Rotenburgsort wurden 192 Mitglieder abgetreten, so daß in Hamburg nur noch 60 Mitglieder verblieben. Nach der Gründung der Zahlstelle Rotenburgsort wurde von der Verwaltung der drei Zahlstellen eine Einteilung des Agitationsgebiets vorgenommen. Die Zahlstelle Rotenburgsort erhielt als Agitationsgebiet den Billwärder Ausschlag, Billwärder a. Bille, Wilhelmsburg, Hamm-Horn, Borgfelde und den Hammerbrook zugeteilt. Die Zahlstelle Barmbeck erhielt die Vororte Winterhude-Eppendorf, Uhlenhorst, Eilbeck und Fuhlsbüttel. Von der Zahlstelle Hamburg wurde das übrige Stadtgebiet bearbeitet. Der Erfolg dieser Einteilung zeigte sich in den noch im Jahre 1893 erfolgten Zahlstellengründungen. Von Rotenburgsort aus wurden die Zahlstellen Wilhelmsburg und Billwärder a. Bille, von Barmbeck die Zahlstelle Winterhude-Eppendorf gegründet. Am Schlusse des Jahres 1893 waren Mitglieder vorhanden: Altona 392, Barmbeck 311, Hamburg 114, Billwärder 45, Rotenburgsort 348, Langenfelde 126, Wilhelmsburg 27, Winterhude-Eppendorf 78, Wandsbek 376, Schiffbek 197. Am 8. Mai 1894 wurde die Zahlstelle Hamm-Eilbeck gegründet. Eilbeck trennte sich im Jahre 1896 von Hamm, außerdem erfolgte in diesem Jahre noch die Gründung der Zahlstelle Eimsbüttel. Im Jahre 1897 bildeten sich dann noch die Zahlstellen Uhlenhorst und St. Georg. Diese 15 Zahlstellen bilden das gegen-

wärtige Gebiet der Zahlstelle Hamburg. Eine unerfreuliche Episode spielte sich 1897 in der Zahlstelle Hamburg ab. Die damalige Verwaltung war den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Die Zahlstelle war durch den im Dezember 1896 erfolgten Anschluß des Lokalvereins der Mauersteinarbeiter, wie auch durch sonstigen Zuwachs erfreulich in die Höhe gekommen; sie zählte 1300 Mitglieder. Durch den Streik der Kaffeeverleserinnen (1896) war die Zahlstelle in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Nachdem diese gehoben waren, unterschlug der zweite Bevollmächtigte Linau das gesamte Zahlstellenvermögen (303,34 Mk.), wofür er vier Monate Gefängnis erhielt. Der oben angegebene Mitgliederbestand wurde durch den verloren gegangenen Streik und den Wiederabgang der Mauersteinarbeiter, wie auch durch die Unterschlagung erheblich verringert. Am 1. Oktober 1898 waren in der Zahlstelle Hamburg nur noch 134 männliche und 126 weibliche Mitglieder vorhanden. Der einzige Vermittlungspunkt unter den im Städtegebiet bestehenden Zahlstellen war bis 1896 die schon erwähnte Agitationskommission, eine Vorläuferin der heute bestehenden Gauleitungen. Im übrigen war ein Zusammenarbeiten der damals bestehenden Zahlstellen so gut wie ausgeschlossen. Jede Zahlstelle wachte eifersüchtig über die Grenzlinien ihres Gebietes. Die Zahlstellen nahmen erst mehr Fühlung untereinander, als sich im Jahre 1896 aus den Zusammenkünften der Bevollmächtigten, in denen die damals eingesetzte Revisionskommission über ihre Tätigkeit Bericht erstattete, die kombinierten Vorstandssitzungen entwickelten. In diese Sitzungen entsandte jede Zahlstelle 3 Delegierte (die Bevollmächtigten). Aus der Mitte dieser Sitzungen wurde dann eine sechsgliedrige Kommission gewählt, die als Lohnkommission fungierte. Außer der einheitlich zu gestaltenden Agitation bestand die Hauptaufgabe der Kommission darin, bei Lohnbewegungen und Differenzen einzugreifen. Vorübergehend nahmen auch die Zahlstellen Altona und Wandsbek an den kombinierten Sitzungen teil. Die Zahlstellen Langenfelde und Schiffbek hatten ebenfalls ihre Beteiligung beschlossen, zogen sich aber wegen der zu tragenden Kosten wieder zurück. Von der Lohnkommission wurde dann im Jahre 1901 ein Projekt zur Beratung gestellt, welches die Verschmelzung sämtlicher Zahlstellen von Hamburg und Umgegend vorsah. Das Projekt wurde abgelehnt. Besonders die außerhalb Hamburgs liegenden Zahlstellen brachten diesem Vorschlag wenig Liebe entgegen. Im Jahre 1903 erklärte sich eine kombinierte Versammlung sämtlicher Zahlstellen Hamburgs im Prinzip für die Verschmelzung. Die Realisierung dieses Beschlusses scheiterte aber an den Widerstand einiger Zahlstellen. Die Diskussion über die Verschmelzung zog sich bis zum Hamburger Verbandstag hin.

Durch den Beschluß des Verbandstages in Hamburg, wonach sich Zahlstellen, die in einem Gemeinwesen liegen, zu verschmelzen haben, wurden dann die in Hamburg bestehenden 9 Zahlstellen zu einer Zahlstelle vereinigt. Mit dieser Vereinigung beginnt eine neue Phase der Entwicklung. Zur Erledigung der Geschäfte wurden zwei Beamte angestellt. In der Mitte des Jahres 1905 erfolgte dann die Anstellung von fünf besoldeten Hauskassierern. Die Vorteile der Verschmelzung und der dadurch ermöglichten einheitlichen Aktion traten auf allen Gebieten der Verwaltung, Organisation und Agitation in Erscheinung.

Gleich nach dem Leipziger Verbandstag, der den Beschluß faßte, daß Zahlstellen, die in einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet liegen, sich zu verschmelzen haben, fanden dann vom Gauvorstand einberufene Sitzungen mit den Verwaltungen der Zahlstellen Wandsbek, Altona, Wilhelmsburg, Schiffbek, Langenfelde und Billwärder statt, die sich mit der Verschmelzung beschäftigten. Die Zahlstelle Langenfelde schloß sich dann am 15. November 1906 der Zahlstelle Hamburg an. Um die Jahreswende 1906/07 vereinigten sich dann noch die Zahlstellen Wandsbek, Wilhelmsburg und Billwärder mit Hamburg. Die Zahlstellen Altona und Schiffbeck sträubten sich, dem Verbandstagsbeschlusse nachzukommen. Mit den am Jahresschlusse 1906 in Hamburg vorhandenen 4462 Mitgliedern wuchs der Mitgliederbestand durch den Zuwachs von 1752 (durch Verschmelzung) und 894 durch Neugewinnung auf 7108 Mitglieder am Schlusse des Jahres 1907. Der Lokalbeitrag wurde in diesem Jahre von 5 auf 10 Pf. für männliche und von 2½ auf 5 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Durch die Vermehrung der Verwaltungsarbeit machte sich die Anstellung von zwei weiteren Beamten und 3 Hauskassierern notwendig. Der Lokalkassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1907 15 453,99 Mk. Im Krisenjahr 1908 verlor die Zahlstelle rund 333 Mitglieder. Am 1. April 1909 erfolgte der Zusammenschluß der Zahlstellen Altona und Schiffbek mit Hamburg, für die Mitgliederversammlungen wurde das Delegiertensystem eingeführt. (Auf 50 Mitglieder ein Delegierter.) Für einzelne Branchen wurden auch Sektionen gebildet. Durch die Verschmelzung mit Altona und Schiffbek erhielt die Zahlstelle einen Mitgliederzuwachs von 1993, außerdem war am Jahresschluß ein Gewinn von 469 Mitgliedern zu verzeichnen, so daß mit dem Bestand vom 1. Januar 1909 am 31. Dezember 1909 ein Mitgliederbestand von 9237 Mitglieder zu verzeichnen war. Von den Zahlstellen Altona und Schiffbek wurden drei Hauskassierer übernommen. Jetzt, wo durch die geschlossene Organisation über das gesamte Wirtschaftsgebiet ein einheitliches Arbeiten ermöglicht ist, geht es allenthalben rüstig vorwärts. Der Markenumsatz im 4. Quartal 1909 betrug 108 068 Stück, im 1. Quartal 1910 110 199 Stück und im 2. Quartal 1910 118 621 Stück. In den beiden Quartalen 1910 erfolgten 2313 Aufnahmen, von denen 786 dem Verbande treu blieben. Am Schlusse des 2. Quartals zählte die Zahlstelle Hamburg 8533 männliche und 1500 weibliche, im ganzen 10 033 Mitglieder. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 51 376,78 Mk. Diese Zahlen lassen mit Recht die Hoffnung aufkommen, daß diese Entwicklung anhalten wird zum Nutzen der Fabrikarbeiter Hamburgs wie des gesamten Verbandes.

M. Hegemann.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Pommerensdorf bei Stettin** (Chemische Fabrik). **Mügeln** (Buntpapierfabrik). **Nürnberg** (Kohlenstiftfabrik, Papierfabrik, Bleistiftfabrik, Zelluloidfabrik). **Lauf** (Ofenfabrik). **Eilenburg** ([illegible]). **Plauen** (Zementwarenfabrik). **Fürth** (Ziegeleiarbeiter). **Görlitz. Berlin** (Kalksteinfabrik und Gummiwarenfabrik).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Eilenberg, S.-A.** Seit 13 Jahren stand die Arbeiterschaft der Firma **L. Kirchen**, Photographiekartonfabrik, der Organisation fern. Niemand glaubte, daß in diesem Betriebe der Verband einmal [illegible] fassen würde; nur hier und da waren einige [illegible] zu verzeichnen und einzelne, die einer freien Gewerkschaft angehörten. [illegible] wurde zum ersten Male mit der Agitation eingesetzt. Zu den [illegible], die anberaumt waren, kam jedoch niemand, weil der Meister Josef immer den Aufpasser machte, denn er wollte wissen, wer in die Versammlung ging. Im Mai d. J. wurde mit der Hausagitation begonnen. Diese hatte so gute Erfolge, daß heute nur noch einzelne unserer Organisation fernstehen. In zwei Betriebsversammlungen brachte die Arbeiterschaft ihre Wünsche und Beschwerden vor, welche von der Organisationsleitung am 27. Juli Herrn Kirchen unterbreitet wurden. Herr K. erklärte sich sofort bereit, mit dem Vertreter des Verbandes zu verhandeln, und machte folgende Zugeständnisse: Die bisher in Abzug gebrachten 1½ Stunden, welche die Arbeiterinnen Sonnabends eher aufhören müssen, werden voll ausgezahlt; Kollegen, die noch [illegible] 20 Mk. Wochenlohn haben, werden sofort um 1 Mk. aufgebessert. Die Steigerung der Löhne soll beibehalten werden; die Kollegen erhalten jedes Jahr 1 Mk. Zulage, Arbeiterinnen jede Woche 25 Pf., bis 11 Mk., dann jedes Jahr 50 Pf., bis 12 Mk. Wochenlohn erreicht sind. Am 28. Juli wurde die Kommission der Arbeiter vorstellig. Bei dieser Verhandlung wurden noch weitere Zugeständnisse gemacht. Für Ueberstunden, die bisher 2 Pf. unter dem üblichen Lohn gemacht wurden, werden nun [illegible] 33⅓ Prozent Zuschlag bezahlt. Auch bezüglich der sanitären Einrichtungen wurden Verbesserungen zugestanden. Des weiteren erkannte Herr Kirchen die Organisation an und erklärte wiederholt, daß er nichts gegen die Zugehörigkeit der Arbeiter zum Verband einzuwenden habe.

— **Frankenthal** (Pfalz). Der Arbeiter-Ausschuß des Gaswerks hat an den Stadtrat den Antrag gestellt, jetzt bei Fertigstellung des neuen Gaswerks die Löhne neu zu regeln. Es wird verlangt: Lohnklasse I: Anfangslohn täglich 4,50 Mk., nach einem Jahr steigend auf 4,80 Mk.; Lohnklasse II: 4,30 Mk., steigend auf 4,50 Mk.; Lohnklasse III: 4 Mk., steigend auf 4,30 Mk. Maschinisten 5,20 Mk. Ueberstunden sollen mit 20 Prozent, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent vergütet werden. Außerdem wird 9stündige Arbeitszeit (seither 10stündige) und Gewährung eines Erholungsurlaub verlangt. Der Gas-Ausschuß bewilligte den größten Teil der geforderten Lohnerhöhungen, lehnte jedoch die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit ab. Die Angelegenheit kam dann beim Stadtrat zur Verhandlung, und hier hatten die Arbeiter Glück. Die betreffende Sitzung war nämlich von den bürgerlichen Stadträten so schlecht besucht, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten. Die Liberalen und Zentrumsväter versuchten zwar, den Entscheid in eine andre Sitzung zu schieben, hatten jedoch damit kein Glück. Die Sozialdemokraten nützten ihre Zufallsmehrheit gut aus, indem sie der berechtigten Arbeiterforderung Rechnung trugen und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden beschlossen. Liberale und Zentrumsvertreter stimmten g e g e n die Verkürzung.

— **Frankfurt.** „Tretet aus der Organisation aus, denn diese hat für euch keinen Wert", so lautete die Parole, die die Herren Dr. Fuchs und Thron im Auftrage des Geschäftsleiters der Firma Zimmer u. Ko., Sachsenhausen, an ihre Arbeiterschaft ergehen ließen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben aber dieser Parole keine Folge geleistet, sondern sind ruhig in ihrer Organisation geblieben. Darob große Bestürzung. Auch eine Umfrage, wer organisiert ist, konnte die Arbeiterschaft nicht einschüchtern. Sind Sie organisiert? Jawohl! war jedesmal prompt die Antwort. Wer ist der Aufwiegler, der Sie in den Verband gebracht hat? Diese roten Revolutionäre werden wir rausschmeißen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Zimmer u. Ko. haben nämlich Lohnforderungen gestellt und daher die Nervosität bei den Betriebsleitern. Dem Vertreter des Verbandes wurde erklärt, daß sich Herr Direktor Weller auf Reisen befinde. Die Betriebsleitung ließ der Arbeiterschaft ein Schriftstück zugehen, ob dieselbe mit dem Vorgehen des Verbandes einverstanden sei oder nicht. Je nachdem sollen die Arbeiter mit Ja oder Nein unterschreiben. Auch dieser Trick half nichts; nur wenige Arbeiter ließen sich herbei, das Schriftstück zu unterschreiben. Die Mehrzahl gab es unausgefüllt zurück. Alle, die unterschrieben hatten, erhielten hierauf folgende Mitteilung: „Mit Rücksicht auf Ihre heute vormittag in der Gewerkschaftsangelegenheit abgegebene, ein Verständnis für die Geschäftsinteressen zeigende Erklärung, erhöhen wir ab Montag, dem 25. d. M., Ihren Lohn um 20 Pf. pro Tag, den der Arbeiterinnen um 15 Pf."

Auf einmal also war es möglich, eine Lohnerhöhung zu gewähren, vorher konnte man dies nicht. Die Lohnverhältnisse bei Zimmer u. Ko. sind die denkbar schlechtesten. Erwachsene Arbeiter erhalten 3,20 Mk. Lohn, der alle Jahr um 30 Pf. steigt bis 3,70 Mk. pro Tag, erreichbar nach 12 Jahren. Die Arbeiterinnen erhalten 1,50 Mk. pro Tag bis 2 Mk., ebenfalls erst nach langen Jahren erreichbar. Und mit diesen Löhnen müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen seit Jahren durchbegetieren. Ein Kollege, der 10 Jahre dort beschäftigt ist, wurde entlassen, weil er angeblich Arbeiterinnen organisiert haben soll. Den arbeitsuchenden Verbandskollegen raten wir, solange Differenzen bestehen, den Betrieb zu meiden.

Korrespondenzen.

Bodenhausen. Am 1. Juli 1907 wurde unsre Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes gegründet. Die Arbeiterschaft der Faßfabrik Teichhütte bei Gittelde traten ihr fast einmütig bei. Der Erfolg zeigte sich bald. Schon ein Vierteljahr nach Gründung der Zahlstelle konnten in einer Lohnbewegung erfreuliche Erfolge für die Kollegen erzielt werden. Dem Direktor und dem Meister behagte der Einfluß des Verbandes nicht; sie suchten nach Mitteln, den Verband zu sprengen. Eines Tages wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß die Fabrik eine Unterstützungskasse gründen wolle. Es wurde eine Liste ausgelegt, in der sich die Arbeiter, die der Kasse beitreten wollten, einzeichnen sollten. Hinten herum wurde das Gerücht verbreitet, wer nicht unterzeichne, würde entlassen. Der größte Teil der Arbeiter ging auf den Leim. Schuld daran war der hasenfüßige erste Bevollmächtigte der Zahlstelle, der selbst mit zu den ersten Unterzeichnern gehörte. Einige Tage, nachdem die Unterschriften vollzogen waren, versammelte der Direktor die Arbeiter und erklärte kurz und trocken, daß die Arbeiter nunmehr aber aus dem Verband austreten müßten. Und die Mehrheit der Arbeiter gehorchte. Heute bereuen sie es bitter. Die Fabrikleitung springt mit der Arbeiterschaft wieder um wie einst, bevor noch der Verband ins Leben trat. Hierfür nur ein Beispiel: Vor einiger Zeit wurde ein Arbeiter von einem Aufseher mit einem Bund Furnierhölzer in die Seite geworfen und mit Schimpfworten wie „Kaffer", „Schmarotzer" usw. belegt. Derselbe Aufseher bedrohte einen andern Arbeiter mit Schlägen und nannte ihn „dummer Junge". Dabei ist der Arbeiter 6 Jahre älter als der Aufseher. Der Arbeiter fühlte sich beleidigt und klagte. Am nächsten Sonnabend wurde er — entlassen. Im Kontor wurde ihm gesagt, wenn er die Klage zurücknehme, könne er weiter arbeiten. So geht es den Arbeitern ohne Verband. Ja, wer nicht hören will, muß fühlen.

Krefeld. Ein nationaler Unternehmer. Dem Arbeiter H., welcher in der Krefelder Seifenfabrik von Stockhausen u. Tra[illegible] seit dem 5. Mai 1909 beschäftigt war, ging während seiner 14tägigen militärischen Uebung folgendes Schreiben von seinem Arbeitgeber zu:

„Wenn Sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen, so können Sie morgen anfangen; jedoch kann ich für Ihre Leistungen den Lohn von 26 Mk. mit dem besten Willen nicht mehr bezahlen, sondern 23 Mk. Wenn Sie das Entsprechende leisten, gebe ich Ihnen gerne 24 Mk. später. Mit den hohen Löhnen sind wir in dem ersten Halbjahr nicht auf unsre Kosten gekommen. Wenn Sie dafür nicht arbeiten wollen, finden Sie einliegend zwei Scheine zwecks Entlassung. Bescheid brauchen Sie mir nicht zu geben.

Ad. Stockhausen."

Der Arbeiter H. hat also nicht genügend für den Profit des Unternehmers gesorgt, deshalb soll er den Hungerriemen etwas enger ziehen. Daß der Arbeiter aber tüchtig war, geht aus dem Zeugnis, welches ihm bei seiner Entlassung ausgehändigt wurde, hervor. Das Zeugnis hat folgenden Wortlaut:

„Hilfsarbeiter Karl H. hat bei uns vom 5. 5. 09 bis heute auf Werk 1 gearbeitet, er war pünktlich und gewissenhaft und haben wir ihn als einen ordentlichen Mann kennen gelernt. Er hörte heute auf seinen Wunsch auf."

Also für die außerordentliche Treue und Tüchtigkeit des Arbeiters 3 Mk. Lohnabzug, weil der Herr Fabrikant durch die „hohen" Löhne nicht auf seine Rechnung kam. Soweit uns bekannt, ist Herr A. Stockhausen Reserveoffizier und hält seinen Arbeitern oft Vorträge nach Muster des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Organisierte Arbeiter werden unter keinen Umständen geduldet. Vorstehender Fall wird aber hoffentlich dazu beitragen, daß die Arbeiter des genannten Betriebes den Mannesmut fassen und sich dem Fabrikarbeiterverband anschließen.

Polizei und Gerichte.

§ 7000 Schadenersatz und Kosten

muß die Glühfädenfabrik Lechhausen nunmehr endgültig zahlen. Wie wir im Frühjahr berichteten, führten der Arbeitersekretär Karl Schmidt und Kollege Händel aus Augsburg an dem Gewerbegericht Lechhausen eine Reihe Klagen gegen die Glühfädenfabrik Lechhausen. In dem einen Falle klagten 24 streikende Pumper gegen die Wolfram-Lampen-Aktien-Gesellschaft Lechhausen auf Auszahlung des einbehaltenen Lohnes. Die Klagen waren eingereicht und stützten sich auf die §§ 611 und 154 des B.G.B. und den § 124 Ziffer 4 der G.O. Das Gewerbegericht zog die Klagen zusammen und verurteilte die Firma zu den Beträgen, die zirka 200 Mk. ausmachten, indem es anerkannte, daß der Streik berechtigt gewesen sei. Denn die Firma habe, ohne die Arbeiter zu fragen, ein neues verschlechtertes Lohnsystem eingeführt. Da die Verhandlungen zu keinem Ziele führten, hatten die Arbeiter auf Grund der angeführten Paragraphen das Recht, die Arbeit zu verlassen.

Durch den Streik wurden die andern Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen und mußten zeitweise aussetzen. Entschädigung hierfür wurde nicht gezahlt, so daß 310 Arbeiterinnen durch den Arbeitersekretär zirka 170 Klagen einreichen ließen. Die Klagen waren auf die §§ 298 und 615 des B.G.B. gestützt. Das Gewerbegericht Lechhausen gab der Klage statt, zog aber diese Klagen zusammen, so daß die Firma insgesamt zu 6210 Mk. verurteilt wurde. Gegen diese zwei Urteile legte die Firma beim Landgericht Augsburg Berufung ein. Das Gericht wies, nachdem die Sache fünfmal vertagt worden war, die Berufung wegen Unzuständigkeit zurück. Der Vertreter der klagenden Arbeiter, Rechtsanwalt Sand, führte aus, daß zur Vereinfachung der Sache, die Einzelklagen durch Gerichtsbeschluß wohl zusammengezogen wurden, dies aber nicht zu Folge haben dürfe, daß die Kläger der Wohltat eines vollstreckbaren Urteils verlustig gehen. Auch würde es nicht im Interesse einer schnellen Erledigung der gewerblichen Streitigkeiten liegen, wenn auf dem Wege der Zusammenziehung die Urteile der Gewerbegerichte berufungsfähig gemacht würden. Dieser Auffassung schloß sich das Gericht an. Dabei stellte sich das Gericht auf den prinzipiell wichtigen Standpunkt, daß Einzelklagen durch die Verbindung ihren Charakter nicht verlieren. Die Berufung der beklagten Firma wurde deshalb kostenfällig zurückgewiesen. Die Firma hat jetzt an die Vertreter der Arbeiter inkl. Zinsen und Gerichtskosten rund 7000 Mk. zu zahlen.

Eingegangene Schriften.

Der Sozialismus und die soziale Revolution. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Heft 4 der Broschürenserie Parvus: „Der Klassenkampf des Proletariats." Preis 25 Pf.

Von der Lieferungsausgabe: Bebel: **„Aus meinem Leben"**, ist soeben Heft 10 und 11 zur Ausgabe gelangt. Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte a 10 Pf.

Verbandsnachrichten.

Gau 2, Sitz Dresden.

Den Zahlstellen zur Mitteilung, daß die diesjährige Gaukonferenz am 11. und 12. September in **Chemnitz**, im Volkshause „Kolosseum", 1. Et., Zwickauerstraße, stattfindet. Alles Nähere wird den Zahlstellen durch ein Zirkular bekannt gegeben.

Der Gauvorstand.

Der Vorstand des **Gaues 7, Sitz München,** beruft für Sonntag, den 25. September, vormittags 10 Uhr, im „Ebersberger Hof", Ecke Rumford- und Zwingerstraße, eine Gaukonferenz ein. Alles weitere wird den Zahlstellen durch Zirkular bekannt gegeben.

J. A.: **Joseph Staimmer.**

Vom 26. Juli ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Kolbermoor 786,90. Werder a. d. H. 313,74. Sandbach 171,30. Wedel i. H. 131,73. Uelzen 117,68. Neu-Isenburg 56,10. Oerlinghausen 33,26 Freising 30,30. A. 2,05. Hüttenrode 319,48. Bietigheim 232,56. Oldesloe 220,88. Pforzheim 95,08. Michendorf 38,40. Malente 21,42. Friedland i. M. 20,—. Eilenburg 7,—. Mittenwalde 2,—. Oerlinghausen 1,12. Lägerdorf 500,—. Kalbe 411,35. Waldheim 200,—. Wittenberg, Bez. H., 100,—. Hamburg 22,50. Rudolstadt 20,91. Schorndorf 599,20. Muskau 200,—. Meißen 10,—. Marxgrün —,91. Waltershausen 200,—. Husum 173,78. E. 25,—. München 2000,—. Nossen 200,—. Varel i. O. 159,12. Güstrow 150,—. Goch 130,—. Alfeld 100,—. Preetz 13,87.

Schluß: Montag, 1. August, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1910 haben eingesandt: Wolgast, Oerlinghausen, Markranstädt, Heubach, Hirschberg, Sonderburg, Freising, Bietigheim, Hüttenrode, Malente, Kolbermoor, Michendorf, Oldesloe, Pforzheim, Schwaan, Wedel, Potsdam, Frankfurt a. M., Celle, Lorch, Frankenthal, Bad Rheinfelden, Schorndorf, Husum, Varel.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Rostock. 5 Pfg. pro Woche für männliche Mitglieder.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buchnr. 115 178 für Moritz Ritze, eingetreten am 21. Januar 1906 in Erfurt.

Buchnr. 217 377 für Hermann Maaß, eingetreten am 19. Mai 1907 in Güstrow.

Buchnr. 318 611 für Friedrich Schwarz, eingetreten am 23. März 1908 in Heilbronn.

Buchnr. 76 824 für Stefan Bucher, eingetreten am 3. Juni 1905 in München.

Buchnr. 7526 für Max Müller, eingetreten am 10. April 1897 in Schweinfurt.

Mitgliedskarte 97 582 für August Radtke, eingetreten am 9. Juni 1910 in Berlin.

Mitgliedkarte 16 988 für August Orast, eingetreten am 18. Juni 1909 in Züllichau.

Mitgliedskarte 79 278 für Ferdinand Wald, eingetreten am 27. März 1910 in Küpperstег.

Buchnr. 306 187 für Moritz Straßburg, eingetreten am 15. Juli 1907 in Leipzig.

Mitgliedskarte 46 133 für Baptist Schmidt, eingetreten 5. Februar 1910 in Teuschnitz.

Ausgeschlossen

auf Grund § 7 des Statuts ist das seitherige Mitglied der Zahlstelle **Halle a. Saale:**

Karl Keck, Buchnr. 366 502, eingetreten am 15. Mai 1909 in Halle a. S.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Bad Rheinfelden. Max Vierlinger, Genossenschaftshaus I.

Nünchritz. Kurt Albrecht, Langenberg bei Dresden.

Osnabrück. Die Unterstützungen werden beim Kollegen Joh. Uttinger, Spindelstraße 19A (Konsumverein), ausbezahlt.

Schwarzenberg i. S. Paul Groß, Beierfeld 52, I. Auszahlung der Unterstützungen von 7—8 Uhr abends beim Kollegen Franz Jansky, Bergstraße 179.

Teuschnitz. Peter Fiedler, Hausnr. 177.

Briefkasten.

R. S., Nürnberg. Berichte über Mißstände in Betrieben müssen den Stempel der Zahlstelle tragen. Arbeit kann Ihnen von hier aus leider nicht vermittelt werden.

Inserate.

Zahlstelle Berlin. — Hauskassierer.

Allen Bewerbern des vakanten Postens hiermit die Nachricht, daß die Stelle als Hauskassierer besetzt ist.

Die Ortsverwaltung.

Beilage zum Proletarier.

Nummer 32. Hannover, 6. August 1910. 19. Jahrg.

Aus der chemischen Industrie.

Nochmals die Goldschmidtsche Pensionskasse.

„Ein Schulfall sozialdemokratischer Verhetzung" betitelt sich eine Broschüre, die Dr. Karl Goldschmidt in Essen anläßlich der Zwischenfälle, welche sich bei Aenderung des Statuts der Goldschmidtschen Pensionskasse abgespielt haben, verfaßt hat. Die Firma begründete, laut dieser Broschüre, im Jahr 1898 eine Pensionskasse und stiftete 10 000 Mk. als Grundstock. Die weiteren Mittel werden so aufgebracht, daß die Arbeiter 2 Prozent vom Lohn und die Firma 50 Prozent der gesamten Beiträge der Arbeiter leistet. Ueber 40 Mark Beitrag pro Jahr werden nicht erhoben. Mitglied müssen alle Arbeiter über 16 Jahre werden, welche über 12 Mk. pro Woche verdienen. Die Unterstützungen beginnen nach zehnjähriger Mitgliedschaft und betragen anfangs zwölf Prozent und für jedes folgende Jahr weitere 0,4 Prozent vom Jahresdurchschnittsverdienst des Pensionärs. Die Hinterbliebenen von Arbeitern, die 5 Jahre Mitglied waren, erhalten ein Drittel des durchschnittlichen Jahresverdienstes als Sterbegeld. Ausscheidende Mitglieder erhalten die geleisteten Beiträge nicht zurück, dagegen können solche Arbeiter, welche zwei Jahre Mitglied waren, ihre Ansprüche aufrecht erhalten, wenn sie innerhalb zwei Monaten nach Lösung des Arbeitsverhältnisses eine schriftliche Erklärung, Mitglied zu bleiben, abgeben und ihre Beiträge weiter leisten. Bleiben sie zwei Jahre im Rückstand, dann werden sie ausgeschlossen.

Die Prüfung der Kasse durch einen Versicherungsmathematiker veranlaßte die Betriebsleitung, eine Erhöhung der Leistungen der Kasse vorzuschlagen. An der Sitzung nahm auch der Vorstand der Betriebskrankenkasse teil. Ein Mitglied desselben stellte hierauf folgenden Antrag: „Den ausscheidenden Mitgliedern sind die geleisteten Beiträge zurückzuerstatten." Außerdem erklärte er: „Würde die Firma diesem Antrage nicht ihre Zustimmung geben, so müßten notgedrungen die übrigen Anträge auf Erhöhung der Leistungen abgelehnt werden. Ausdrücklich betone er, daß die Arbeiterschaft nicht gegen eine Erhöhung der Leistungen sei. Sollten durch Auszahlung der gezahlten Beiträge an ausscheidende Mitglieder erhöhte Leistungen nicht möglich sein, so ist die Arbeiterschaft bereit, höhere Beiträge bis zum Doppelten des bis jetzt Bezahlten zu leisten."

Der Vorsitzende erklärte, der Antrag sei unannehmbar.

Inzwischen war das Gutachten eingelaufen und es fand eine weitere Vorstandssitzung statt. Die Pensionsbeträge sollten von 12 auf 18 Prozent, die Steigerung von 0,4 auf 0,6 Prozent jährlich, die Sterbegelder auf die Hälfte des durchschnittlichen Jahresverdienstes heraufgesetzt werden. Der Vertreter der Arbeiterschaft kam der Firma durch einen von 373 von zirka 450 volljährigen Arbeitern unterzeichneten Antrag entgegen:

Der Antrag lautete:

Der § 17 des Statuts der „Ernst-Stelzer-Pensionskasse" soll wie folgt abgeändert werden:

„Mitglieder, die aus den Diensten der Firma freiwillig ausscheiden, ohne dienstuntauglich zu sein, oder solche, die aus irgend einem Grunde entlassen werden, haben dann Anspruch auf Rückerstattung der zur Pensionskasse gezahlten Beiträge, wenn diese für ein Jahr lang gezahlt sind. Die Beiträge gelangen erst ein halbes Jahr nach dem Austritt aus den Diensten der Firma zur Auszahlung."

Darauf gab die Firma eine Erklärung ab, aus der wir folgende Sätze hervorheben:

„. . . . Die ausscheidenden Mitglieder sind überwiegend jüngere Leute. Wenn die jüngeren, in der Blüte der Kraft stehenden, das Werk verlassenden Arbeiter, die ihre Versicherung nicht aufrecht erhalten wollen, trotzdem die Kasse ihnen diesbezüglich alle denkbaren Erleichterungen gewährt, durch Verfall der Beiträge ein gewisses Opfer zugunsten der älteren bringen, so ist das gerade ein gesunder und glücklicher Gedanke in der Organisation derartiger Pensionskassen . . . ."

„. . . . . Die Möglichkeit, durch Austritt aus den Diensten der Firma Goldschmidt die Herauszahlung der gesamten Pensionskassenbeiträge erlangen zu können, würde für viele Arbeiter eine Versuchung bilden, ohne zwingende Gründe ihre auskömmliche Arbeitsstätte aufzugeben, sei es, daß sie glauben, die runde Summe vorteilhafter oder angenehmer verwenden zu können, sei es, daß die sich in einer augenblicklichen Notlage befinden."

Da liegt der Hase im Pfeffer. Die Firma will die Pensionskasse nicht allein zum Wohle alter Arbeiter, sondern als Mittel zum Zweck errichten. Sie hat jedenfalls herausgefunden, daß pensionsberechtigte Arbeiter mit Schafsgeduld alles ertragen. Diese armen Arbeiter befinden sich immer in einer Notlage und wären wohl alle gern bereit, ihre Arbeitsplätze gegen gesunde Beschäftigung bei höheren Löhnen zu vertauschen. Ein weiterer Einwand der Firma bestand darin, daß die Auszahlung nach einem halben Jahr kein wirksamer Schutz für die Kasse sei, weil eine Forderung an die Pensionskasse jeden Tag gegen Zinsabzug verkauft werden könnte. Außerdem stellte der Vorsitzende fest, daß seit Bestehen der Kasse noch kein ausgeschiedener Arbeiter seine weitere Mitgliedschaft beantragt habe, obgleich er erst nach zwei Jahren zur Zahlung des ersten Beitrags verpflichtet werden könnte. Um dem Einwand einer Verpfändung von Forderungen zu begegnen, wurde vor Eröffnung der Hauptversammlung folgender Antrag gestellt: „Abtretung und Verpfändung dieser Beiträge sind der Ernst-Stelzer-Pensionskasse gegenüber unwirksam." Dieser Antrag gelangte nicht zur Verhandlung, weil die erforderliche Anzahl der Mitglieder (zwei Drittel) nicht anwesend war und deshalb die Versammlung geschlossen werden mußte.

Die Firma hatte ihren Rechtsanwalt zu Rate gezogen. Ein Antrag der Arbeiter, ebenfalls einen Rechtsanwalt mitzubringen, wurde mit der Kündigung des Antragstellers beantwortet. Am 1. Mai fand eine weitere Versammlung statt, die einen stürmischen Verlauf nahm und in welcher dem gekündigten Arbeiter, trotzdem er noch Mitglied der Kasse war, das Wort entzogen wurde. Die Firma hatte dadurch die Verwirrung noch gesteigert. In der Abstimmung wurde nicht allein der Antrag auf Erhöhung der Leistungen, sondern auch der Antrag auf Rückerstattung der Beiträge abgelehnt, weil beiden Anträgen die erforderliche Zweidrittel-Majorität fehlte. Die Verhandlungen gelangten so auf den toten Punkt.

Wie die Verhältnisse in Essen liegen, wäre eine Rückerstattung das beste gewesen. Nehmen wir einen Schulfall an: Ein Arbeiter hat 10 Jahre bei Goldschmidt gearbeitet und seine Beiträge zur Pensionskasse bezahlt. Er tritt aus oder wird wegen irgendeiner Ursache entlassen und findet Arbeit bei Krupp. Dort muß er Mitglied der Kruppschen Pensionskasse werden. Er kann Doppelbeiträge, um seine Mitgliedschaft bei Goldschmidt aufrechtzuerhalten, nicht aufbringen und geht daher seiner Rechte und gezahlten Beiträge verlustig. Solche Fälle wiederholen sich hauptsächlich bei Arbeitern mit kürzerer Dienstzeit sehr oft. Wäre Gegenseitigkeit der einzelnen Pensionskassen verbürgt, so hätte nichts Besseres getan werden können, als den Antrag in der Form, wie ihn die Firma wünschte, anzunehmen. Daran ändert auch der Hinweis auf die Stellung der Sozialdemokraten im Reichstage nichts. Auf die Arbeiterschaft und speziell die Sozialdemokraten die Schuld zu wälzen, ist nicht gut angebracht. Die Arbeiter haben ja Entgegenkommen genug gezeigt, ja sie waren bereit, noch höhere Beiträge zu leisten, unter der Bedingung, daß eine Rückerstattung der Beiträge vorgenommen worden wäre. Nicht an den Arbeitern liegt die Schuld, sondern an der Firma, die nicht geneigt war, weitere Summen aufzubringen.

× Statistik der Gewerbekrankheiten der chemischen Industrie.

Vor 2 Jahren tagte der Gesamtausschuß des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" in Wiesbaden. Professor Lepsius erstattete Bericht über die von der Berufsgenossenschaft eingeleiteten Verhandlungen wegen Errichtung einer Krankenstatistik, die von den Aerzten der Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie geführt werden soll. Damals lag der Plan für die Erhebungen fertig vor, so daß die Statistik begonnen werden konnte. Geheimrat Dr. Gans erklärte, daß die großen Betriebe bereits eine Statistik führten, die aber ein schiefes Bild ergeben würden, weil die großen Betriebe den erkrankten Arbeitern eine umfangreiche Fürsorge zuteil werden ließen. Infolgedessen finden, so führte er weiter aus, die Arbeiter unter Umständen einen „pekuniären Vorteil", wenn sie sich krank melden würden.

Nach diesen Ausführungen dürfen wir uns nicht wundern, wenn die häufigen Erkrankungen in der chemischen Industrie eines schönen Tages den Arbeitern zugeschoben werden, weil sie es durch häufiges Kranksein schließlich zu Millionären bringen würden. In Wirklichkeit geht die Fürsorge nur in Fällen schwerer Gewerbekrankheiten über das Maß der gesetzlichen Unterstützungspflicht der Krankenkassen hinaus. Die Betriebskrankenkassenärzte sorgen schon dafür, daß kein Simulant so leicht die erweiterten freiwilligen Leistungen in Anspruch nimmt.

Am 5. Mai 1910 hielt der Vorstand der Berufsgenossenschaft seine ordentliche Vorstandssitzung in Wiesbaden ab. Der Geschäftsführer berichtete über die eingeleitete Krankenstatistik folgendes:

„Eine Kommission von Fabrikärzten hat das Material des ersten Jahres der Statistik untersucht und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieses Material, obgleich es noch lückenhaft und nicht immer nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt sei, doch geeignet sein dürfte, eine Grundlage für die Beurteilung der Morbidität in der chemischen Industrie zu bilden. Zur Verbreiterung und Vertiefung dieser Grundlage ist es notwendig, daß die Statistik vorerst fortgeführt werde."

Demnach hat die Statistik nicht das Bild gegeben, was man erwartet hatte, nämlich der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß die Erkrankungen in der chemischen Industrie gar nicht so häufig sind, als es gewissenlose „Hetzer" hinzustellen belieben. Wenn schon eine siebenmal gesiebte Statistik weiter fortgeführt werden muß, um eine Veröffentlichung zu umgehen, dann können wir warten bis zum St. Nimmerleinstag, bis die Veröffentlichung möglich wird, und wir begreifen auch, warum einer Erhebung durch das reichsstatistische Amt die festgeschlossene Phalanx bürgerlicher Parteien entgegengesetzt wurde.

× Nebenarbeit der Stehkragenproleten in Höchst.

Die Direktion der Höchster Farbwerke hat folgendes vertrauliches Rundschreiben an ihre Beamten erlassen:

„Wir haben die Arbeitszeit unsrer Angestellten möglichst kurz bemessen mit der ausdrücklichen Absicht, daß die ausgedehnte dienstfreie Zeit zur Erholung benutzt wird. Es ist jedoch zu unsrer Kenntnis gekommen, daß eine Reihe von Angestellten diese Zeit zu gewerblichen Nebenbeschäftigungen verwenden; zu solchen Beschäftigungen rechnen wir auch Agenturgeschäfte, Musik gegen Entgelt, den Vertrieb von Waren für eigne oder fremde Rechnung und die Vermittlung von Einkäufen, z. B. durch Bezug großer Warenposten und durch deren teilweisen Abgabe an andere gegen Gewinn und ähnliche Arbeiten. Da hierdurch die sorgfältige und pünktliche Erfüllung der eigentlichen Dienstobliegenheiten schädlich beeinflußt wird, so ersuchen wir Sie, uns hierüber binnen 8 Tagen anzuzeigen, ob und in welcher Weise Sie nebengeschäftlich tätig sind; sowie ob Sie bereit sind, diese Tätigkeit aufzugeben und ob Sie die Ausführung von entgeltlicher Nebenbeschäftigung irgendwelcher Art künftig nicht übernehmen werden."

v. Brüning. Dr. H. Meister.

Nach diesem Rundschreiben müßte man annehmen, die Angestellten wären recht unvernünftig, weil sie ihre freie Zeit nicht zur Erholung, sondern zu allen möglichen Nebenbeschäftigungen gebrauchen. Ob die Firma sich wohl überlegt hat, warum die Beamten Nebenbeschäftigung haben und ob die Lohnverhältnisse da nicht mit zu berücksichtigen sind? Wir sind leider nicht in der Lage, uns über dieses Rundschreiben ein abschließendes Urteil bilden zu können, da wir die Gehälter der Beamten, die mit einem Schreiben bedacht worden sind, nicht kennen. Nach den Berichten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie betrug das Durchschnittsgehalt für 669 freiwillig versicherte Betriebsbeamte im Jahr 1909 10 356 Mk., für 2635 Kontorbeamte 2085 Mk. pro Jahr. Die erste Kategorie hat einen Nebenhandel nicht nötig; aber die zweite Kategorie lebt durchschnittlich nicht in glänzenden Verhältnissen, und wenn dazu eine starke Familie vorhanden ist, dann wird manchmal Schmalhans Küchenmeister sein. Die Arbeiter können allerdings in manchen Fällen den Wegfall der Beamtennebenarbeit nur wünschen. Sie haben oft darunter zu leiden, wenn vorgesetzte Beamte ihren Einfluß benützen, um sie zum Kaufen oder Bestellen von Gegenständen oder zu Lebens- und Feuerversicherungsabschlüssen zu „bewegen". Reicht die Bezahlung der Beamten nicht aus, dann mögen sie sich an den Arbeitern ein Beispiel nehmen und sich organisieren.

× Vergiftungen durch nitrose Gase.

Die „Zeitschrift für Gewerbehygiene" berichtet: In der Schwefelsäureabteilung einer chemischen Fabrik kamen zwei Fälle von Vergiftungen durch nitrose Gase beim Reinigen von Gay-Lussac-Türmen vor, die eine Arbeitsunfähigkeit von 6 und 22 Tagen zur Folge hatten. Der Turm war gründlich gewaschen und gelüftet, das Zuleitungsrohr für die Salpetersäure war entfernt worden und der Betriebsleiter hatte sich davon überzeugt, daß keine nitrosen Gase in ihm vorhanden waren, als er von den Arbeitern betreten wurde. Die Arbeiterkolonne bestand aus zehn Personen, die mit Mundschwämmen und Chloroformpillen versehen waren. Sie befuhren den Turm zu je zweien und lösten sich von fünf zu fünf Minuten ab. Wenn sich die Unfälle trotz dieser Vorsichtsmaßregeln ereigneten, so ist dies darauf zurückzuführen, daß beim Aufrühren des aus Bleiverbindungen und Flugasche aus dem Pyritofen bestehenden

Brüssel und die Weltausstellung.

(Schluß.)

Hinter der deutschen Abteilung, im äußersten Winkel des Ausstellungsplatzes befinden sich laut Katalog Arbeiterhäuser. Es waren aber fast nur Fundamente, Gerippe und Gerüste und dazwischen eifrig schaffende Menschen. Nur zwei schmucke Häuschen stehen nett und freundlich da und diese beiden sind von deutschen Firmen erbaut und ausgestattet. Es sind zerlegbare Holzhäuser, angefertigt von der Firma Siebel in Düsseldorf. Die Häuschen sind für eine Familie berechnet, enthalten eine große Wohnküche, zwei Schlafzimmer, ein Bad und hellen, freundlichen Bodenraum. Die Innenausstattung — Möbel, Geschirr usw. — stammt ebenfalls von deutschen Firmen und ist dem Charakter der Häuser wie auch der Raumeinteilung sehr schön angepaßt. Der Preis für die Häuschen ist mäßig — wenn man nicht das Portemonnaie der Arbeiter zum Maßstab nimmt. Das größere und in der Ausstattung bessere kostet 6500 Mk., das kleinere 4200 Mk. ab Fabrik. Dazu kämen noch die Kosten des Transports, der Aufstellung, der Fundamentierung und des Baugeländes. Die Solidität der Häuser soll der der Ziegelbauten nicht nachstehen. Die liefernde Firma übernimmt eine Garantie von 30—35 Jahren. Das Mobiliar, mit dem das größere Haus ausgestattet ist — zwei Betten und einige solide Stuben- und Küchenmöbel — soll nach der Angabe des Vertreters der ausstellenden Firma 1000 Mk. kosten. Auf den Einwand, daß nur sehr wenig Arbeiter so viel hierfür aufwenden könnten, meinte der Herr: Ja, gibt es denn das noch billiger? Hat der eine Ahnung! — Unerklärlich ist, warum es im Katalog heißt: „Arbeiterhäuser im rheinisch-westfälischen Industriegebiet", obwohl der Vertreter auf Anfrage ausdrücklich zugab, daß bisher solche Häuser von Unternehmern dieses Gebiets noch nicht gebaut sind. Muß denn immer und überall zugunsten des deutschen Unternehmertums die Wahrheit eingesperrt werden?

Brüssel hat eine Anzahl Gipsmodelle von Arbeiterwohnungen ausgestellt; es sind zumeist Kasernen mit Balkonen. Es scheint nachgerade die Auffassung vorherrschend zu werden, daß so ein ärmlicher, oft winzig kleiner und gräßlich geschmackloser Windfang eine finstere Mietskaserne in ein lustiges Landhaus umwandeln könnte.

Die Ausstellungen der einzelnen Länder über Hygiene können wir hier übergehen, da die Gewerbehygiene nur kurz gestreift, oft genug vergessen wird. Das Beste hat noch Belgien geleistet: ein reichhaltiges Tabellenwerk und eine Anzahl von Präparaten, darunter auch die Lunge eines Ultramarinarbeiters, die dunkelgraublau gefärbt ist und starke Spuren beginnender Zerstörung zeigt. Ueber allgemeine Volkskrankheiten, wie Tuberkulose, Syphilis, Alkoholismus usw. sind sehr reichliche Tabellenwerke und mikroskopische Präparate ausgestellt.

Ein flüchtiger Rundgang ohne Ziel und Plan mag diese Betrachtungen schließen. Ein Schaustück der Ausstellung ist der Palast für Canada. Die reichen Bodenschätze des Landes zeigen sich hier in verlockender Pracht. Mächtige Pyramiden von Obst, Konserven, Wein und Likören wechseln mit herrlichen Panoramen, die die wunderbare Schönheit des Landes, seinen Reichtum an Wald und Wild, seine fischreichen Seen und seine fruchtbaren Felder zeigen. In einer finsteren Grotte öffnet sich der Blick in ein Bergwerk; kostbare Erden und Erze, gleißendes Gold, funkelnde Edelsteine blenden den Beschauer. Am Ausgang der Felsenhöhle aber sieht man in weiter Ferne ein wunderbares Leuchten wie eine in hundert Farben sprühende Riesensonne — das Nordlicht. — Wenn man am Ausgang die Handvoll Drucksachen erhalten und erfahren hat, daß die ganze Schaustellung von Eisenbahn- und Landgesellschaften arrangiert ist, die Leute ins Land holen wollen, ist man sehr ernüchtert.

Die französischen Kolonien zeigen allerhand kulturhistorisch und etnographisch interessante Einzelheiten, auch sehr hübsche Vertreter der verschiedenen Volksstämme, die zur Schau arbeiten. Wir sehen sie sticken, Hüte flechten, Metallgegenstände verzieren usw. Die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen für den Export — Kautschuk, Baumwolle usw. — ist teils durch Bilder, teils im Stereoskop, teils durch Modelle vorgeführt.

Frankreich zeigt in seiner Ausstellung für Damengarderobe märchenhafte Pracht. In mächtigen, von vieltausend elektrischen Glühbirnen feenhaft erleuchteten Glaspalästen stehen Hunderte und aber Hunderte von Wachspuppen mit all dem Luxus behängt, den die weiblichen Parasiten der Gesellschaft spazieren tragen. Wer Lust, Zeit und Interesse dafür hat, kann die Verpuppungsstudien dieser gesellschaftlichen Schmeißfliegen vom seidenen bestickten Hemd und Beinkleid bis zum Pelz und Mantel von fabelhaftem Preis verfolgen. Daß der Wein ein Hauptausstellungsobjekt der Franzosen ist, versteht sich am Rande. Man bekommt übrigens sehr gute Proben für 15 Centimes das Glas.

In der großen Vergnügungszentrale kann man für einen Franken um einen Turm herumrutschen, für einen halben Franken auf einem wackligen Holzgerüst fahren und für 25 Centimes auf einer beweglichen Fläche hin- und herstrampeln oder auf einem Esel reiten. Die kleinen klugen grauen Tiere schauten so überlegen in das Treiben und trugen den Kopf so selbstbewußt, als ob sie sagen wollten: Wir verbitten uns Vergleiche!

Im Maison du Peuple, dem Ausstellungshaus der Brüsseler Arbeiter, restauriert sich, wer viel Hunger und wenig Geld hat. Die zwei großen Räume — in dem einen eine vollständige Bäckerei und ein Café, in dem andern Bierrestaurant — sind immer gefüllt. Polizisten und Soldaten stellen einen erheblichen Teil der Besucher. Ein allerliebstes Bild gab es, als eine Schar junger Mädchen aus Charleroi, die ihre Zugehörigkeit zur Partei durch rote Schleifen und Schmucke, kleidsame, rote Käppis auswiesen, die Räume bevölkerte. Die „Rotschen" scheint eine spezifisch deutsche Krankheit zu sein.

Einige Schlußbemerkungen noch. Wenn man durch die zahllosen Hallen und Säle wandert, wenn man unterlaufen: in dieses ungeheure Warenmeer, dann erhebt sich die Frage: Wer schuf das alles? Die Ausstellung gibt keine Antwort darauf. Die schaffende Arbeit ist fast ganz vergessen, oder sie wird gezeigt unter Bedingungen, die eben „Ausstellung" sind. (Wie die Zigaretten-Arbeiterinnen, die im Tage 200 Zigaretten drehen, oder die Schokoladen-Arbeiterinnen, die mit rührender Bedächtigkeit Pralinés nebeneinander setzen. Sie würden bei solcher Arbeitsweise nicht das Salz zum Brot verdienen.) Den schlanken, glänzenden Maschinen sieht niemand an, wie finster, schmutzig und ungesund die Räume waren, in denen sie geboren, wie abgehetzt und krank die Arbeiter, die sie erzeugten. An den in blanken Glasflaschen so harmlos aussehenden Produkten der chemischen Industrie kann niemand ermessen, wie groß das Elend ist, das in den Gifthöllen herrscht, und die gleißende Pracht der Kleider und Stickereien verrät nichts von der Not und dem Jammer der armen Näherin, die ihre Tage in Hunger und Entbehrung hinbringt.*)

*) Inzwischen ist die Heimarbeitausstellung eröffnet worden, die wenigstens einen Teilausschnitt gibt. Wie sehr diese Ausstellung von all dem Prunk und all der Pracht absticht, mag folgender Auszug aus einem Bericht des „Berliner Tagebl." zeigen: „In diesen Häusern, die eigentlich nur aus einem einzigen Raume bestehen, sind die Werkstatt, die Küche, das Schlafgemach auf den geringsten Platz zusammengedrängt. Ganze Familien verfügen nur über ein Bett. Truhen, Strohschüttungen, Holzlager und Gerümpelhaufen müssen als Schlafstätten aushelfen. Und die Arbeiten, die hier von den Eltern und den kleinen Kindern geleistet werden, sind nur geeignet, den Aufenthalt in dem Hause noch unerträglicher zu machen. Da sehen wir eine Wollzupferin, die aus ekelhaft duftenden Ballen das brauchbare Material sammelt, säubert und zerschneidet. Um nur das trockene Brot zu verdienen, darf sie von morgens sechs Uhr bis abends acht Uhr nicht an Feierabend denken. Sie hat ihre Kochtöpfe neben den schmutzigen Ballen, sie muß die kargen Speisen mit den ungewaschenen Händen berühren. Denn Armut und Reinlichkeit sind zwei Dinge, die in Feindschaft leben. Noch schlimmer ist es bei den Zurichtern von Tierfellen, die alle möglichen Gerüche der Verwesung aussenden. Und gerade in diesem Gewerbe sind am meisten Kinder beschäftigt.

Doch die Hausarbeit ist nicht nur eine Menschenschinderei; sie ist auch eine Tierquälerei. Ein Schmied hat in seiner Werkstatt den Blasebalg zum Schüren des Feuers. Um den Gehilfen zu sparen, richtet er einen Hund ab. Der muß im Radgehäuse trotten, und er tut es, obwohl ihm vor Ermattung die Zunge aus dem Munde hängt, obwohl jede Rippe auf seinem mageren Leib zu zählen ist. Und es ist merkwürdig für die Gefühlsart der Menschen, daß die meisten der Ausstellungsbesucher mit dem gehetzten Tiere ein tiefes Erbarmen haben, daß sie aber für die Arbeiter nur die Teilnahme der neugierigen, seltsam unterhaltenen Zuschauer aufbringen."

Schlammes eine Nachentwicklung nitroser Gase stattgefunden hat. Künftig soll bei derartigen Arbeiten den Arbeitern Frischluft unter Druck zugeführt werden.

Merkwürdig ist es, daß immer nach eingetretener Schädigung der Gesundheit der Arbeiter von der Betriebsleitung entsprechende Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen getroffen werden sollen. Gay-Lussac-Türme sind doch lange genug verwendet worden, so daß es eigentlich Pflicht des Betriebsleiters ist, entsprechende Vorsicht anzuwenden. Zum Einmaleins eines Betriebsleiters gehört auch genaue Kenntnis der Gewerbekrankheiten und deren Verhütung — nicht bloß die Erzielung möglichst hoher Profite aus Arbeiterknochen.

× Abschaffung der 24stündigen Wechselschicht.

Endlich haben die Arbeiter der Höchster Farbwerke erreicht, daß die Direktion aus „wohlwollenden" Entschließungen und eignem Ermessen die 24stündige Schicht abschaffen mußte. Lange hat es gedauert, bis dieser Entschluß zur Tat reifte, weil erst lang und breit berechnet werden mußte, ob den Farbwerken eine Mehrausgabe entstand; jedoch das Heer der Unzufriedenen wurde immer größer, und die Mitglieder der Zahlstelle Höchst hatte sich in einigen Wochen, dank der regen Organisationsarbeit der einzelnen Kollegen, verdoppelt, das alles trug dazu bei, die Abschaffung der mörderischen 24stündigen Arbeitszeit zu beschleunigen. Die Regelung hat nun so stattgefunden, daß jeden Mittwoch von beiden Schichten 18 Stunden gearbeitet wird und somit ein Wechsel der Schichten vor sich geht. Dann wird jeden Sonntag am Tage die halbe Mannschft der Schicht durch Aushilfe ersetzt; somit hat also jeder Schichtarbeiter jeden vierten Sonntag eine 36stündige ununterbrochene Ruhepause. Der erste Schritt zur Beseitigung der 24stündigen Schicht wäre also hier getan; mögen die Kollegen dafür sorgen, daß die Zahl der Kämpfer eine größere wird, dann muß auch die achtstündige Arbeitszeit in der chemischen Industrie Platz greifen.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Die deutsche Ziegelindustrie im Jahre 1909.

II.

Das Ergebnis der Ziegelindustrie im Jahre 1909 war für die Ziegelarbeiter doppelt ungünstig. Außer der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde ihnen noch ein vermehrtes Risiko an Gesundheit und Leben zuteil. Denn obwohl die Zahl der beschäftigten Personen um 17 815 zurückging, ist die Unfallziffer um 213 gestiegen. Es wurden im Berichtsjahre 6677 Unfälle gemeldet, gegen 6464 im Vorjahre. Diese Steigerung der Unfallgefahr ist mit ziemlicher Sicherheit auf das Konto der Lohnkürzungen zu setzen. Die Reduzierung der Akkordlöhne hatte eine größere Arbeitshatz zur Folge, die Kräfte wurden überangestrengt, die Gesundheit und Knochen der Arbeiter noch mehr aufs Spiel gesetzt, um den durch die Lohnkürzungen erlittenen Lohnausfall wieder einigermaßen auszugleichen.

168 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Von den Getöteten standen 7 Personen (gegen 5 im Vorjahre) im Alter von unter 16 Jahren. Ohne Zweifel ist diese Steigerung ein Erfolg der zunehmenden Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und deren gewissenlose Ausbeutung. In zahlreichen Ziegeleien werden die jugendlichen Arbeiter zu denselben Arbeitsleistungen herangezogen und ebensolange ins Joch gespannt wie die erwachsenen Arbeiter. Da der in der Entwicklung begriffene jugendliche Körper nicht die nötige Widerstandsfähigkeit besitzt, ist auch die Krankheits- und Unfallgefahr eine größere. Das beweisen am besten die Unfallziffern. Von den Verunglückten standen 1216 Personen oder 18,4 Prozent im Alter von 14—20 Jahren. Auf die sechs Jahrgänge (14—20) gleichmäßig verteilt, ergibt das für jeden Jahrgang eine Unfallziffer von 202 oder 3 Prozent. Im Alter von 20—40 Jahren standen 3123 Verunglückte oder 47,3 Prozent. Auf die 20 Jahrgänge berechnet, sind das pro Jahrgang 156 Unfälle oder 2,3 Prozent. Schon diese Gegenüberstellung zeigt, daß die jugendliche Arbeitskraft in höherem Maße gefährdet ist wie die Arbeitskraft der Erwachsenen. Wäre es möglich, die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter und deren Unfallziffer mit der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und der Gesamtunfallziffer zu vergleichen, so würde sich ohne Zweifel dieses Bild noch bedeutend zuungunsten der jugendlichen Arbeiter verschieben. Die jugendliche Arbeitskraft bedarf also eines größeren Schutzes, und dazu können die Ziegeleiarbeiter sehr viel beitragen, wenn sie darauf achten, daß Personen unter 16 Jahren nicht in ungesetzmäßiger Weise beschäftigt werden. Die Ziegeleiarbeiter müssen sich vor allem darüber klar sein, daß die jugendlichen Arbeiter von den Unternehmern nur ihrer Billigkeit und Willfährigkeit wegen beschäftigt werden und dadurch eine lohndrückende Wirkung ausüben. Es liegt deshalb in ihrem eigenen Interesse, streng auf die Innehaltung der Bestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu achten und jeden Verstoß der Organisation zu melden.

Von den Getöteten standen im Alter von 16 bis 20 Jahren 16 Personen, von 20 bis 40 Jahren 70 Personen, von 40 bis 60 Jahren 66 Personen und von über 60 Jahren 9 Personen. Die Getöteten hinterließen 105 Witwen mit 235 Kindern. Von den 6677 Verunglückten erhielten 1704 eine erstmalige Entschädigung, gegen 1825 im Vorjahre. Es ist also eine Steigerung der Unfallziffer und eine gleichzeitige Verminderung der entschädigten Unfälle zu verzeichnen. Diese Erscheinung wird im Verwaltungsbericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft mit dem Rückgang der schweren Unfälle und der guten Kontrolltätigkeit der Sektionen zu erklären versucht. Ersteres ist mindestens sehr unwahrscheinlich, es mag aber sein, daß die „Kontrolltätigkeit" dabei wesentlich mitgewirkt hat. Es ist ja in den letzten Jahren bei allen Gelegenheiten gegen die „Rentensucht" der Ziegeleiarbeiter gezetert worden, es ist ferner den Sektionsleitungen und Beamten zur Pflicht gemacht worden, bei der Festsetzung der Renten jede „Humanitätsduselei" auszuschalten. Derartige Winke mit dem Zaunpfahl werden von den Sektionsleitungen selbstverständlich sofort verstanden, um so mehr, als diese nur aus Ziegeleiunternehmern bestehen und ein Interesse daran haben, die sogenannte „Arbeiterpension" möglichst knapp zu bemessen. Daher der angebliche Rückgang der schweren Unfälle und der Rentengewährung.

Die Gesamtunkosten der Ziegelei-Berufsgenossenschaft betrugen im Berichtsjahre 3 463 806,20 Mk., wovon 2 372 351,93 Mk., das sind 68,49 Prozent, für Unfallentschädigung verausgabt wurden. Auf jeden beitragspflichtigen Betrieb entfielen durchschnittlich 220,62 Mk. für Unfallentschädigung, oder auf jede versicherte Person 9,12 Mk. Insgesamt waren 1909 für jede in der Ziegelindustrie beschäftigte und versicherte Person 12,92 Mk. zu entrichten. Diese geringfügige Summe, wofür die Arbeiter ihre Knochen und Leben einsetzen müssen, charakterisiert am besten das ekelhafte Geschrei der Ziegeleiunternehmer über die „hohen sozialen Lasten".

Von den 1704 entschädigten Unfällen ereigneten sich (die eingeklammerten Zahlen geben die tödlich verlaufenen Unfälle an):

an Motoren	20	(4)
an Transmissionen	29	(11)
an Arbeitsmaschinen	254	(15)
an Fahrstühlen und Aufzügen	102	(16)
an Dampfkesseln	5	(—)
durch Sprengstoffe	6	(1)
durch feuergefährliche, heiße oder ätzende Stoffe	36	(1)
durch Zusammenbruch oder Einsturz von Lehmwänden, Gerüsten und Stapeln	252	(45)
durch Fall von Leitern, Treppen usw.	149	(10)
beim Auf- und Abladen	199	(13)
durch Fuhrwerk	195	(30)
durch Gleisbahnen	320	(9)
beim Verkehr zu Wasser	4	(2)
durch Tiere	28	(5)
durch Geräte, Handwerkszeug, abspringende Splitter usw.	105	(6)

An den Gleisbahnen sind wiederum die meisten Unfälle zu verzeichnen, ein Beweis, wie mangelhaft diese Transportanlagen beschaffen sind. Die Besichtigung einer solchen Anlage läßt Dutzende von Mängeln erkennen, die geeignet sind, die Knochen der Arbeiter schwer zu gefährden. Die Gleisstränge liegen oft weder parallel noch in gleicher Ebene, so daß die Loren umkippen oder herausspringen. In demselben Zustand befindet sich in der Regel auch das Wagenmaterial. Die Kippwagen haben oft weder passende Sicherungsketten noch funktionierende Bremsen. Die revidierenden Beamten übersehen derartige Mißstände aber meistens, da ihnen die praktische Erfahrung abgeht. Die alljährlich wiederkehrende hohe Unfallziffer an den Gleisanlagen war bis jetzt noch nicht geeignet, ihren Beamtenverstand zu schärfen, und so werden die Ziegeleiarbeiter auch in Zukunft ihre Knochen in demselben Maße zu Markte tragen müssen, wenn sie es nicht vorziehen, durch den Ausbau ihrer Organisation sich selbst zu helfen.

Besonders hoch ist auch die Unfallziffer an den Arbeitsmaschinen (Pressen, Kollergängen, Walzwerken, Tonschneidern usw.) und bei dem Einsturz von Lehmwänden, Ziegelstapeln usw. Hier bewährt sich wiederum das Wort: „Akkord ist Mord". Bei einem Stundenlohn, der ein vernünftiges Arbeiten gestattet, wird der Arbeiter seinen Knochen die nötige Aufmerksamkeit widmen und die blutigen Opfer auf ein geringes Maß herabmindern können. Unter den Verunglückten, denen eine Entschädigung zugebilligt wurde, waren auch 78 Arbeiterinnen. Davon standen 13 im Alter bis zu 20 Jahren, 64 im Alter von 20 bis 60 Jahren und 1 im Alter von über 60 Jahren. Diese Unfälle bestätigen, daß die Arbeiterinnen in den Ziegeleien nicht nur zu leichten und gefahrlosen Arbeiten herangezogen werden, sondern daß sie genau wie ihre Arbeitsbrüder ihre Gesundheit zum Nutzen des Geldsacks in die Schanze schlagen müssen.

Auf die einzelnen Wochentage verteilt, ergeben die gemeldeten Unfälle folgendes Bild: Am Montag ereigneten sich 1151 Unfälle, am Dienstag 1125, Mittwochs 1042, Donnerstags 1010, Freitags 1055, Sonnabends 1077 und Sonntags 89 Unfälle. Hier zeigt sich die interessante Tatsache, daß der Montag die höchste Unfallziffer erreicht, die von den Ziegeleiunternehmern ausgenutzt wird, um die Arbeiter der sonntäglichen Ausschweifungen zu zeihen. Die Arbeiter benutzten den Sonntag nicht, um sich zu erholen, sondern zu Trinkgelagen, von denen sie noch am Montag berauscht seien und sich dadurch die Unfälle zuzögen; so ungefähr lauten ihre Behauptungen. Sie vergessen dabei ganz, daß es der Mehrzahl der Ziegeleiarbeiter an den notwendigen Mitteln fehlt, derartige Trinkgelage mitzumachen. Daß die Unternehmer mit ihren Verdächtigungen danebenhauen, ergibt die Zusammenstellung der schweren Unfälle. Von diesen ereigneten sich Sonntags 18, Montags 275, Dienstags 276, Mittwochs 263, Donnerstags 277, Freitags 308 und Sonnabends 277. Hier ist also von Tag zu Tag, gleichlaufend mit der Ermattung des Körpers, eine Steigerung der Unfallziffer zu verzeichnen. Der Rückgang am Sonnabend ist auf die an diesem Tage kürzere Arbeitszeit zurückzuführen. Diese Ziffern bilden eine Anklage gegen die noch teilweise überlange Arbeitszeit; sorgen wir für deren Verkürzung auf ein vernünftiges Maß, so schützen wir unsre Gesundheit, heben unsre wirtschaftliche Lage und ermöglichen uns die Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur.

= Gegen die Organisation. Für die Arbeiter der **Ziegelei Kaiserwörth** in **Mundenheim** war kürzlich eine Betriebsversammlung angesetzt. Die Arbeiter hatten im Verbandsbureau der Fabrikarbeiter Beschwerde über das Verhalten ihres Meisters geführt und zur Feststellung des Tatbestandes eine Versammlung einberufen. Unter diesen Umständen konnte wohl mit gutem Besuch gerechnet werden, aber nur ein Drittel der Arbeiter waren anwesend. Die Firma hatte ausgezeichnet gegen die Versammlung gearbeitet, indem sie den Arbeitern am Donnerstag den Lohn nicht auszahlte. Bei niederem Verdienst und 14tägigen Lohnperioden haben die Arbeiter selbstverständlich kein Geld mehr, um eine Versammlung besuchen zu können, wenn ihnen, ausgerechnet am Tage der Versammlung, der Lohn nicht ausbezahlt wird. Entrüstet besprachen die Arbeiter di[e Hand]lungsweise der Firma. Jedenfalls wird sie zur Rechtfertigung anführen, daß die Lohneinbehaltung mit der Versammlung nichts zu tun gehabt habe. Desto schlimmer für sie, wenn es nicht möglich war, den Lohn für die Arbeiter zu beschaffen. Die Firma hatte natürlich Ursache, eine freie Aussprache der Arbeiter in Gegenwart eines Organisationsvertreters zu fürchten. So wurde unter anderm festgestellt, daß die Arbeiter im Laufe der Lohnperiode häufig Vorschuß [ver]langen. Bei einem Verdienst von 44—46 Mark vierzehntägig ist das nicht verwunderlich. Der Vorschuß wird auch bereitwilligst gewährt, aber nicht in barem Gelde, sondern in Blechmarken, die nur in der Kantine verausgabt werden können. Wie sich dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse namentlich der verheirateten Arbeiter gestalten, läßt sich denken. Früher wurde mehr verdient. 56 bis 59 Mk. war das Ergebnis zweiwöchiger Arbeit. Aber seit Eintritt des Meisters Sattel mit seinen beiden Söhnen änderte sich das. Arbeiter aus der Akkordgruppe werden zu Reinigungsarbeiten als Hilfskräfte der Ofenarbeiter und anderm mehr herangezogen. Bezahlung gibt's dafür jedoch nicht. Aber Schimpfworte und Beleidigungen hat dieser Meister für die Arbeiter übrig. Selbst mit Schlägen droht er häufig. Vorläufig wollen wir nicht näher auf diese Sachen eingehen. Vielleicht enthebt uns die Firma dieser Pflicht, indem sie, angeregt durch diese Zeilen, für Abhilfe sorgt. Jedoch wäre es angebracht, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, mit welchem Recht die Firma den Arbeitern den verdienten Lohn vorenthält, wenn die Arbeiter einmal das Bedürfnis gemeinsamer Aussprache in einer Versammlung fühlen und sich dahingehend betätigen wollen. Von derartiger Versammlungs- und Organisationsbekämpfung möchten wir den Unternehmern aber in Zukunft abraten. Es könnte zu Konsequenzen führen, die sie jedenfalls selber nicht wünschen.

= Lüneburg. Im Auftrage des Gauvorstandes wurden hier in der Zeit vom 22. Mai bis 17. Juli 5 Zieglerversammlungen abgehalten. Es kommen hier ca. 160—180 Arbeiter in Frage, welche auf 6 Betriebe verteilt sind. Es arbeiten in diesen Betrieben außer einer Anzahl Ansässiger Kollegen aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Polen und Lippe. Nur um recht willfährige Ausbeutungsobjekte zu haben, holen sich die Arbeitgeber die Arbeiter aus den verschiedensten Gegenden zusammen; ist doch dann die Verständigung derselben um so schwieriger. Teilweise waren die Versammlungen recht gut besucht. Aber man sieht, daß diese Arbeitssklaven ihre Lage noch nicht begriffen haben, denn ein großer Teil geht lieber zu den Krieger- oder Schützenfesten statt in die Versammlungen. Aus dieser Interessenlosigkeit resultiert ja auch die tieftraurige Lage, in der die Ziegeleiarbeiter sich befinden.

Da ist zunächst die Arbeitszeit eine 11- bis 12stündige. Am Tage bei der langen Arbeitszeit den verschiedensten äußeren Witterungsverhältnissen und der heißen trockenen Luft (Brennöfen) ausgesetzt, ist der Körper bei Arbeitsschluß vollständig erschlafft. Nun sollte man annehmen, daß diesen ausgemergelten Kollegen wenigstens gute Schlafräume und Betten zur Verfügung stünden, um den erschlafften Körper wieder zu stärken; aber weit gefehlt. Die Schlafstellen machen einen erbärmlichen Eindruck. Oft zu 6 bis 8 Personen müssen dieselben in ganz kleinen Höhlen — denn Zimmer kann man es nicht nennen — kampieren. Es wurde teilweise geklagt, daß das Stroh in den Betten während der ganzen Kampagne nicht erneuert wird. Teilweise regnet es in den Schlafräumen durch. Auch über Unsauberkeit wurde vielfach geklagt.

Größtenteils sind die Ziegler kontraktlich für die ganze Kampagne angenommen. Sie sind dem Meister gegenüber vollständig abhängig, da der Lohn nur alle 14 Tage, teilweise ganz, teilweise aber in ganz kleinen Raten von 3 bis 10 Mark ausgezahlt wird. Des öftern müssen sie erst darum bitten, eine Ratenzahlung zu bekommen. — Ferner wird von dem Lohn wöchentlich 1 Mark bis zum Betrage von 20 Mark (Kaution) abgezogen, welche dem Meister verfällt, sofern die Kollegen vor Ablauf der Kampagne die Arbeit verlassen. Dem Meister steht es aber frei, jederzeit die Entlassung vorzunehmen. Wie die Zie[gle]r des öftern um ihren sauer verdienten Lohn geprellt werden, davon nur ein Beispiel. Auf der Ziegelei „Elbra" (Besitzer Tietjen) war ein Ziegler beim Ziegelkarren beschäftigt. Dem Arbeitgeber gefiel die Arbeit dieses Kollegen nicht. Er setzte sich darauf mit dem Meister in Verbindung, und der Kollege wurde kurzerhand entlassen. Statt daß demselben nun sein voller Lohn nach Abzug der Kommunekosten ausbezahlt wurde, zog man ihm die Kaution von 20 Mark ab, mit der Begründung, dieselbe würde erst nach Ablauf der Kampagne gezahlt. Diese Sache ist der Zahlstellenleitung zur weiteren Verfolgung überwiesen, und der betreffende Kollege wird hoffentlich zu seinem Rechte kommen.

Auch das Kantinenunwesen steht hier in voller Blüte. Größtenteils müssen die Ziegler hohe Preise zahlen und bekommen dafür noch minderwertige Ware. So wird auf der Ziegelei Wilchenbroock für das Pfund Schinkenspeck 1,40 Mk. bezahlt, während in Lüneburg dafür nur 1 Mk. gezahlt wird. Ein Kollege, der dies dem Meister vorhielt, bekam zur Antwort: Ob er denn glaube, daß er (der Meister) nichts verdienen wolle? Wo nun solche Zustände bestehen, kann selbstverständlich der Lohn kein zufriedenstellender sein. Es werden größtenteils Stundenlöhne von 30—35 Pf. gezahlt. Die Arbeiter bei den Brennöfen, wo in Akkord gearbeitet wird, erzielen einen Lohn von wöchentlich 25—30 Mk. Auf der Ziegelei Wilchenbroock erhalten die Arbeiter täglich nur 3—3,20 Mk. Das sind pro Stunde 28—29 Pf. Daselbst sind auch zwei Arbeiterinnen, die bei elfstündiger Arbeitszeit 2 Mk. pro Tag erhalten oder pro Stunde 18 Pfennig. In der Woche vom 11.—16. Juli sollen die Arbeiter an den Brennöfen, an welchen in Akkord gearbeitet wird, auf den horrenden Lohn von täglich 2,90 Mk. gekommen sein.

Daß die Ziegler noch unter solchen miserablen Zuständen arbeiten, liegt an ihrer Rückständigkeit. Hier heißt es, für die Organisation Bresche zu legen, mehr als bisher muß für die Agitation getan werden. Es sind aber schon Zeichen vorhanden, daß die Agitation, speziell in der Heimat der Ziegler, schon gefruchtet hat, denn man findet des öftern schon organisierte Ziegler vor.

Hier, wo die Ziegeleien ziemlich weit außerhalb der Stadt liegen, ist die schwierigste Frage die Lokalfrage. So mußten auch einige von diesen Versammlungen im Freien tagen. Zum Teil wird schon der Ortsvorsteher mobil gemacht, wenn solche Versammlungen bekannt werden, und dafür sorgen schon die Ziegelmeister, in deren Interesse es ja liegt, die Ziegler in ihrer Abhängigkeit zu erhalten.

Aber die Organisation wird und muß auch hier diese Schwierigkeiten überwinden. So sind auch hier in sämtlichen Betrieben Verbindungen hergestellt worden. Wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, so kann man mit dem Erfolg, der hier erzielt wurde, wohl zufrieden sein. Wenn die Zahlstellenleitung rührig ist und es versteht, die geschaffenen Verbindungen weiter auszubauen, so werden die Früchte für die Organisation nicht ausbleiben. F. T.

Auch auf die Frage: wer verbraucht das alles? bleiben wir ohne Antwort. In der Ausstellung ist scheinbar alles für alle da. Die Erzeugnisse drängen sich auf. Sie wollen von ihrem Besitzer los, ganz gleich, wohin und wozu. Und der Verkäufer kennt auch keinen Unterschied. Er mag politisch konservativ sein, für das preußische Dreiklassenwahlrecht und standesgemäße Heiraten schwärmen und die Gattung Mensch erst beim Leutnant oder bei 10 000 Mark Einkommen beginnen lassen — sobald er verkaufen will, ist er Gleichheitsfanatiker. Wollte etwa ein Gesetz irgendeinem Stand, und sei es der ärmste, verbieten, seine Waren zu kaufen, er würde seine patriotische Ueberzeugung revidieren, an Thron und Altar rütteln, im „Generalanzeiger" flammend für die „Freiheit des Bürgers" eintreten und einen „Verein zur Wahrung der Volksrechte" gründen. Geburt, Vermögen, Einkommen, alles ist ihm schnuppe, nur eins verlangt er: den Kaufpreis für seine Ware. Und hier kommen wir zu dem, was [illegible] Ausstellung nicht sagt. Kein Land macht Angaben über die Kaufkraft seiner Bevölkerung. Keine Tabelle zeigt die Unterschiede in Vermögen und Einkommen. Nirgends eine Andeutung, daß 95 Prozent der Volksgenossen 95 Prozent der ausgestellten Gegenstände nicht kaufen können, weil sie kein Geld haben, nirgends der Hinweis, daß unsre Kultur nur Oberflächenkultur ist, daß im Zeitalter des Kapitalismus immer 1000 darben müssen, damit 10 schlemmen können, daß die kapitalistische Goldquelle so reichlich sprudelt, weil der Berg proletarischen Elends, aus dem es entspringt, so hoch ist.

Und es wäre doch so lehrreich gewesen, wenn beispielsweise Preußen, und sei es auch nur in Tabellen und Diagrammen, ausgestellt hätte, wieviel es Millionäre hat und wieviel Einwohner, die weniger als die Steuergrenze von 900 Mk. verdienen. Auch das Dreiklassenwahlrecht, die Grundsteuer und die Spiritusliebesgabe wären Ausstellungsobjekte. Vielleicht auch [illegible]. Oder die Beamtenzulage von 15 Pf. pro Tag für Streckenwärter und 3½ Millionen jährlich für Wilhelm II. Natürlich haben die andern Länder ähnliche Sehenswürdigkeiten. Es würde die Wirkung noch erhöhen, wenn der Jahreslohn eines Arbeiters mit dem Preis eines Luxusautomobils oder eines Spitzenkleides in Parallele gestellt würde. Vielleicht ließe sich auch darstellen, wie sich das Einkommen eines Menschen verhält zu der Summe volkswirtschaftlich nützlicher Arbeit, die er leistet. Das würde sehr interessante Aufschlüsse geben.

Die nächste Weltausstellung will Japan haben. — Ich werde meine Vorschläge der japanischen Regierung übermitteln. S.